

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis 3 Mark monatlich 30 Mark
wöchentlich 30 Pf. 12 Mark 1/2

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern
oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Inserate

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 9. Mai 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Fresnoy ist zurückgewonnen.

Bei Arras Kämpfe um Roeng und Bullecourt - In der Mitte Fresnoy zurückgewonnen - Ringen bei Craonne und Prosnès - Großer Angriff im Cerna-Bogen gescheitert - Im April verlor der Feind 362 Flugzeuge.

Amlich, Großes Hauptquartier, den 8. Mai 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Arrasfront hat sich der Artilleriekampf weiter verstärkt. Feindliche Angriffe auf den Schlosspark von Roeng und unsere Stellungen zwischen Fontaines und Neucourt wurden blutig abgewiesen. Bei Kämpfen um den Besitz von Bullecourt verblieb dem Gegner der Südsüdstrand des Dorfes. Heute morgen stürmten unsere Truppen Fresnoy und hielten den Ort gegen englische Wiedereroberungsversuche. Ueber 200 Gefangene und 6 Maschinengewehre sind bisher eingebracht.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Schlachtfeld der Aisne flaute nach dem heißen schweren Ringen der letzten Tage die Geschützigkeit gestern stellenweise ab. In größeren Kämpfen kam es tagsüber noch nördlich von Craonne, wo die Franzosen sich in erfolglosen, verlustreichen Angriffen bemühten, und die Höhenstellungen zwischen Gurtebiszime und Craonne zu entreißen. In keiner Stelle hatten sie Erfolg.

In den Abend- und Nachtstunden erfolgten gegen mehrere Stellen der Front von Bazailles bis Corbenay feindliche Teilvorstöße, die, abgesehen von geringem örtlichen Erfolg der Franzosen westlich von Craonne, gegenüber der tapferen Verteidigung überall scheiterten.

Bei La Neuville leitete nachmittags starkes Artilleriefeuer einen erfolglosen feindlichen Angriff gegen die Höhe 100 und unsere anschließenden Gräben ein.

In der Champagne bekämpften sich die Artillerien mit zunehmender Heftigkeit. Ein gegen die Höhen nördlich von Prosnès beabsichtigter französischer Angriff kam in unserem Vernichtungsgeschützfeuer nur gegen Keil und Fochberg zur Entwicklung. Vorübergehend eingebrungener Feind wurde in seine Ausgangsstellung zurückgeworfen.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine besonderen Ereignisse.

Am 7. 5. rückte der Feind 20 Flugzeuge ein. Leutnant Bernert schuß seinen 27., Leutnant Frhr. von Richthofen seinen 20. Gegner ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Zwischen Ohrida und Prespa-See wiesen Oesterreicher und Türken feindliche Vorstöße blutig ab.

Im Cerna-Bogen erfolgten gestern nach zweitägiger starker Artillerievorbereitung die erwarteten feindlichen Angriffe auf einer Frontbreite von 8 Kilometern, die dank der hervorragenden Haltung der verbündeten deutschen und bulgarischen Truppen abgeschlagen sind.

Heute morgen hatten neue Vorstöße von Franzosen, Russen und Italiener dasselbe Schicksal.

Westlich des Bardar und am Dojran-See entfaltete die feindliche Artillerie eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Tätigkeit.

Im Monat April rückte der Gegner 362 Flugzeuge und 29 Fesselballone ein. Von ersteren sind 299 im Luftkampf abgeschossen. Wir verloren 74 Flugzeuge und 10 Fesselballone.

Der verfloßene Monat zeigt die deutschen Luftstreitkräfte auf der vollen Höhe ihrer Leistungsfähigkeit. Während unsere Abwehrmittel mit Erfolg bemüht waren, ruchlose feindliche Bombenangriffe auf die Heimat abzuwehren, stellten die schweren Aprilkämpfe die höchsten Anforderungen an die im Felde befindlichen Flieger, Fesselballone und Flugabwehrkanonen. In täglicher enger Zusammenarbeit zeigten sie sich ihnen gewachsen. Unsere Bombengeschwader zerstörten wichtige militärische Anlagen, unsere Luftaufklärung brachte der Führung wertvolle Nachrichten.

Opfervoller Einsatz unserer Flieger auf dem Geschichtsfelde unterstützte die schwer kämpfende Infanterie und Artillerie in vorbildlicher Weise.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, amlich, 8. Mai abends.

Bei trübem Wetter mit Regen flaute die Geschützigkeit heute sowohl bei Arras, wie auch an der Aisne wesentlich ab.

Der österreichische Bericht.

Wien, 8. Mai 1917. (W. T. B.) Amlich wird verkauft:

Lage überall unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

Vorbereitungen für Stockholm.

Zur Stockholmer Internationalen Konferenz delegiert die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands die Genossen Legien, Bauer und Sassenbach als Vertreter der deutschen Gewerkschaften.

Der Stockholmer Korrespondent des „Social-Demokraten“ berichtet: Das Komitee hat eine Erklärung erlassen, worin verschiedene schwedische Pressegerichte über das Hinströben nach einem Sonderfrieden entschieden demontiert werden. Die Arbeit des Komitees zielt entschieden auf einen allgemeinen dauernden Weltfrieden. Die Absage Vanderveldes gibt selbstverständlich zu allerhand Erörterungen Anlaß, aber man mißt der Äußerung keine größere Bedeutung bei. Wie ein Mitglied des Komitees ausführte, hat Vandervelde seit Ausbruch des Krieges an der Arbeit der Internationale nicht mehr teilgenommen. Als Mitglied einer Regierung eines kriegsführenden Landes nimmt er selbstverständlich jetzt eine andere Stellung ein, als dies früher der Fall war. Es bestand wohl kaum die Absicht, daß er sich an der Vermittlungstätigkeit des Komitees beteiligen sollte. Dies muß selbstredend von den neutralen Sozialdemokraten unternommen werden, und inwieweit er oder andere Belgier nach den Vorbereitungen an der Konferenz sich beteiligen werden, kann wohl kaum durch die Äußerungen Vanderveldes in einem Blatte als entschieden angesehen werden. Guymans erklärte, daß Vanderveldes Auslassung aus einem Zeitpunkt stammt, wo die Form der Konferenz noch nicht bestimmt war. Auch die Einladung war damals noch nicht ergangen. Erst jetzt ist sie in die Hände Vanderveldes gelangt. Insofern die Arbeit der Konferenz zum Frieden hinführen soll, würde es ziemlich unbenutzbar sein, daß die Belgier eine solche Tätigkeit nicht gefördert haben möchten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert die Regierung auf, den deutschen Delegierten die Pässe zu verweigern, und sie begründet diese Forderung damit, daß Pranting von den in

Stockholm versammelten Mitgliedern des Internationalen Bureau zum Vorsitzenden gewählt worden ist. Die deutschen Delegierten, die sich „mit Pranting an einen Tisch setzen“, zieht das Blatt des Landesberrats. Wenn der Versuch, sich mit Gegnern zu verständigen, Landesberrats ist, dann ist der Frieden höchster Landesberrats, und auch die Regierung, die den Gegnern Friedensverhandlungen angeboten hat, gehört dann ohne weiteres ins Zuchthaus. Wir bedauern die Leute, die den bekannnten Herrn, der die „Deutsche Tageszeitung“ täglich vollschreibt, noch ernst nehmen.

Vom Parteivorstand wird uns geschrieben: Im Lande wird das Gerücht verbreitet, die Partei habe auf die Regierung eingewirkt, damit den Vertretern der „Anabhängigen“ keine Pässe zur Reise nach Stockholm ausgestellt werden. Selbstverständlich handelt es sich um ein Märchen, das aber für die Kampfmethoden gewisser Leute charakteristisch ist.

Diplomatische Minen gegen Stockholm.

„Nationale Zurückforderungen.“

Paris, 7. Mai. (Melbung der Agence Havas.) Die Interparlamentarische Konferenz der alliierten Länder hat heute ihre beiden letzten Sitzungen abgehalten; sie hat festgestellt, daß über die behandelten Fragen volles Einverständnis herrscht, und einstimmig folgende Tagesordnung angenommen:

Die Mitglieder der Interparlamentarischen Konferenz der alliierten Länder stellen am Schluß ihrer vierten Tagung fest, daß bei ihren Arbeiten sich volle Einmütigkeit bestätigt hat hinsichtlich der Wege, die eingeschlagen werden müssen, um das diplomatische und militärische Vorgehen der Alliierten einheitlicher und wirkungsvoller zu gestalten, ihre Verpflegung zu sichern und so ihre Kräfte auf den höchsten Stand zu bringen. Angesichts der neuen Form pazifistischer Machenschaften der Mittelmächte betonen die Mitglieder der Konferenz von Neuem ihren einmütigen Willen, nur einen Frieden anzunehmen, der zugleich mit dem Erfolge ihrer gerechtfertigten nationalen Zurückforderungen den Sieg der Freiheit und des Rechtes in der Welt sichert.

Fort mit dem § 153!

Die Sozialdemokraten haben im Verfassungsausschuß die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung beantragt, der lautet: „Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen oder durch Verurufserklärungen bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen („zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“, § 152 der Gewerbeordnung) teilzunehmen, oder ihnen Hilfe zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern noch dem allgemeinen Strafgesetzbuch nicht eine höhere Strafe eintritt.“

Auch die „Frankfurter Zeitung“ forderte jüngst die sofortige Aufhebung dieses Paragraphen mit der Begründung, daß er für unser Gerechtigkeitsempfinden besonders ungeneuerlich sei, geradezu verheerend gewirkt habe und die treibende Kraft für manche Ausschreitungen gewesen sei, die sich in der Vergangenheit ereignet hätten, so daß es für die moralische Kraft unserer Arbeiterbewegung zeuge, wenn sie trotz dieser eigenartigen „Rechtsordnung“ es fertiggebracht habe, aus jener Periode heranzukommen. Diese Ausführungen haben die „Kreuz-Zeitung“ in die heftigste Wut versetzt. Sie erblickt eine zwar unbedachtigte, aber um so höhnernde Selbstironie darin, daß man eine Verbesserung des Koalitionsrechts in genau demselben Geistesaugenblick forderte, in dem 20.000 Küstungsarbeiter „zur Erzdämpfung politischer, sozialdemokratischer Wuchtgeden“ in den unverantwortlichsten aller Ausstände getreten seien und so den gewissenlosen Mißbrauch des Koalitionsrechts anschaulich gemacht hätten. Das konservative Organ macht für den Ausstand die Gewerkschaften verantwortlich, obwohl selbst Graf Westarp im Reichstagsauschuß seine Vorwürfe gegen den Metallarbeiterverband zurückgenommen hat und die Regierungsvertreter anerkannt haben, daß die Gewerkschaften alles getan haben, um das Frevelhafte des Spiels mit dem Feind den Arbeitern klar zu machen.

Die Gründe für das fortwährende Herumreiten auf den zwei Streitfragen liegen klar zutage. Man braucht nur die fast täglich sich findenden versteckten Andeutungen über die mangelnde Energie der Regierung gegenüber den Streikenden in einem bekannnten, von der Schwerindustrie abhängenden Berliner Lokalblatt nachzulesen. Die dem Großunternehmertum besonders unbecommene Neuorientierung auf dem Gebiete des Koalitionsrechts soll mit allen Mitteln verhindert und zu dem Zwecke der verantwortliche Leiter der Regierung befeitigt werden, der noch in seinem jüngsten Erlass gegen die Streiks in der Küstungsindustrie von den bewährten Berufsorganisationen der Arbeiter zu sprechen gewagt hat. Zieht man aus diesen Worten des Reichsanzlegers die Folgerung, so ergibt sich ohne weiteres der glatte Fortfall des § 153 der Gewerbeordnung.

Es ist durchaus unrichtig, wenn die „Kreuzzeitung“ Wesen und Inhalt des § 153 dahin zusammenfaßt, daß er ein Schutz der Koalitionsfreiheit derer sei, die sich dem Koalitionszwange des organisierten Ausstandswillens nicht unterwerfen, vielmehr ihr freies Selbstbestimmungsrecht behaupten wollen. Das sind für den politischen Tageskampf geprägte leere Schlagwörter. Die Grenzen, innerhalb deren in die Entscheidungsfreiheit des einzelnen von niemandem eingegriffen werden darf, stehen gewisse Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und vor allem das Reichsstrafgesetzbuch ab. Was hier nicht verboten ist, gilt als erlaubt. Und die Tendenz der modernen Gesetzgebung geht dahin, im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kampfe diese Grenzen immer enger zu ziehen, die schrankenlose Betätigung des Sonderwillens und Sonderinteresses gegenüber den gemeinsamen Interessen des Standes oder Berufes zurücktreten zu lassen und den Egoismus vor dem in den Organisationen, Kartellen, Konventionen, Syndikaten sich verkörpernden Gesamtwillen zu beugen. Das staatliche Recht mußte hier im Interesse der Ordnung der Produktion der gesellschaftlichen Entwicklung, der zu dienen die einzige Aufgabe des Gesetzes ist, im Lauf der Zeiten immer größere Konzeptionen machen.

So erklärt es sich, daß den großen Kartellen in ständig wachsendem Maße das Recht verliehen wurde, den des Gemeinnsinn baren Berufskollegen, der unter dem vom Kartell festgesetzten Preise verkauft und dadurch Schmutzkonkurrenz treibt, in Veruruf zu erklären und mit schweren wirtschaftlichen Nachteilen zu belegen. Die gleiche Befugnis gewährt das Gesetz dem Innungsvorstand gegen den die Standesanschauung verlegenden Innungsmeister. In der Staat geht hier so weit, daß er die Verurufserklärung direkt begünstigt. Die vom Innungsvorstand verhängten, die Verurufserklärung aussprechenden Ordnungsstrafen sind sogar der richterlichen Nachprüfung entzogen. Dem betroffenen In-

nungsmitteln steht lediglich der Weg der Verwirklichung offen. Unter gewissen Voraussetzungen ferner kann der Beitritt zur Innung erzwungen werden, aus der Erwägung heraus, daß der Zusammenschluß der Berufsgenossen und Wirtschaftsverwandten zur Erreichung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen eine von der Moral geforderte Handlung sei, der das Gesetz staatlichen Nachdruck verleihen müsse.

Staatlich organisierte Berufsverbände, wie der Offiziers-, der Beamten-, der Rechtsanwaltsstand, dürfen mit Ehren- und Geldstrafen, ja mit Ausschluß aus der Gemeinschaft gegen Mitglieder vorgehen, die für Standes- oder Berufslehre Verständnis oder guten Willen vermissen lassen. Auch der Arbeiter darf den Kollegen des Verkehrs für unwürdig erklären und in Verzug tun, der in politischer, moralischer oder sonstiger Beziehung gegen die Anschauungen seiner Klasse sich verkehrt. Nur dürfen diese Anschauungen keinen wirtschaftlichen Weisheitsmaßstab haben. In diesem Falle ist es bei Vermeidung von Gefängnisstrafe verboten, das Standes- und Klassengefühl als Kampfmittel im wirtschaftlichen Streite anzurufen. Und weil dies so ist, ist der § 153 der Gewerbeordnung ein wirkliches *Lexington* gegen die Arbeiterklasse. Es soll gar nicht geleugnet werden, daß der Ausdruck *Ausnahmengesetz* bisweilen zu demagogischen Zwecken mißbraucht wird. Ein besondere Verhältnis regeldes Sondergesetz ist darum noch kein Ausnahmengesetz. Auf den § 153 aber trifft diese Bezeichnung durchaus zu, da er eben eine Handlung nur deshalb, weil sie zu Zwecken des gewerblichen Lohnkampfes vorgenommen ist, zu einer strafbaren oder schwerer strafbaren macht, als dies der Fall sein würde, wenn dieselbe Handlung zu irgendeinem anderen Zweck begangen wäre.

Dieses Ausnahmengesetz nun ist für die Arbeiterbewegung ganz besonders verkehrt. Der ordentliche Lehrer für Nationalökonomie an der Berliner Universität, Professor *Stern*, hat einmal den treffenden Ausspruch getan: „Englische und amerikanische Arbeiter mögen mit einer Politik, die ihnen mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit verschafft, viel leicht zufriedengestellt werden. In unserer Arbeiterklasse dagegen ist der Idealismus des deutschen Volkes viel zu stark entwickelt, um eine Politik, die nur auf materielle Interessen Rücksicht nähme, bleibende Erfolge erringen zu lassen.“ Gibt es nun Wohl auf der ganzen Welt etwas, das den Idealismus einer großen Volksklasse stärker verletzen muß, als wenn der Staat ihren kostbarsten und darum eifersüchtig behüteten Schatz, ihrer Organisation, das Brandmal sozialer Würdevolligkeit dadurch aufdrückt, daß er dieser Organisation zuruft: „Um dich im Zaume zu halten, genügen die allgemeinen Strafgesetze nicht, dazu bedarf es einer besonderen Zügelung.“ Ein von Rechts wegen so gekennzeichnetes Vereinsgebilde scheidet sich nicht nur mit dem natürlichen Gegner im Wirtschaftskampfe auf einem ungünstigen Kampfterrain, sondern erleidet auch seinen eigenen Gliedern gegenüber Einbuße an seiner Autorität. Wie soll es möglich sein, daß eine Organisation ihre für das wirtschaftliche Leben unentbehrlichen Funktionen erfüllen kann, wenn sie auf Schritt und Tritt fürchten muß, sich in die Maschen des Strafgesetzbuchs zu verfangen, wenn sie ihre Mitglieder zur Erfüllung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen anzuhalten vermag?

Es erscheint — um nur ein Beispiel anzuführen — kaum möglich, wenn wir in dem Urteil einer Strafkammer lesen, daß zwei Wochen Gefängnis die gerechte Sühne für einen Gewerkschaftsangehörigen seien, der nichts weiter getan hatte, als daß er einem Mitglied der Organisation, das sich an die Statuten der Gewerkschaft vorlas, wonach der Streikbruch den Ausschluß aus der Organisation zur Folge habe, und wenn das Kammergericht in seiner Eigenschaft als Revisionsgericht, also als letzte Instanz, dieses Urteil mit der Begründung bestätigt: Die Organisation, der sich der Streikbrecher durch seinen Beitritt freiwillig unterworfen habe, dürfe ihn zwar nach ihren Statuten ausschließen, die Anfechtung des Ausschlusses aber sei unzulässig, da § 153 die Anfechtung jedes Urteils mit Freiheitsstrafe ahnde, mithin auch eines solchen, zu dessen Durchführung der Anfechtende ein Recht habe.

Der § 153 ist mit dem modernen wirtschaftlichen Leben völlig unvereinbar und muß fallen. Wir sehen hier eine ganz ähnliche trübe Erscheinung vor uns, wie wir sie bei dem Reichsvereinsgesetz wahrnehmen. Die den Gewerkschaften die erforderliche Bewegungsfreiheit sichernde Novelle zum Reichsvereinsgesetz mußte kommen, weil die Bedürfnisse des Krieges Regierung und Gewerkschaften in gleicher Weise zwangen, der Rechtsprechung gleichsam ein Schnippchen zu schlagen und auf Schleichwegen das durchzusetzen, was den Formen des Rechts widersprach. Diesen unwürdigen und für einen Rechtsstaat unerträglichen Zustand mußte durch die Änderung des Gesetzes ein Ende gemacht werden. Ganz ebenso, ja noch krasser liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete des § 153. Hier sind allmählich die Strafgerichte zu einer Gesetzesauslegung gelangt, die selbst die Zivilgerichte nicht mehr mitmachen können.

So lesen wir z. B. in einer sehr verständigen, die Phrasen vom Terrorismus der Gewerkschaften zurückweisenden Entscheidung eines Zivilsenats des Reichsgerichts: „Keine Partei oder andere Vereinigung, die auf straffe Zucht unter ihren Mitgliedern hält, kann es dulden, daß ihre Befehle oder Beschlüsse von diesen unbeachtet gelassen werden. Es ist nicht unerlaubt, wenn sie die Befolgung der Beschlüsse den Mitgliedern einschärft und den Wässigen oder Zuwiderhandelnden mit Strafe droht, denen sie sich sakungsgemäß für den Fall des Ungehorsams unterworfen haben.“ Aus diesen vernünftigen Erwägungen wird der Schluss gezogen, daß ein wirtschaftlicher Verein sich schadenverursachend macht, der seine tarifbrüchigen Mitglieder von ihrem vertragswidrigen Verhalten nicht abhält oder sie gar darin unterstützt. So klar diese Sätze erscheinen, so wenig nützen sie den Gewerkschaften. Wollen diese der Stösa der Schadenverursachung entgehen, so sollen sie unweigerlich in die Charybdis des Strafgesetzes. Denn bei jedem Schritte, den sie tun, um ihre Mitglieder zur gewerkschaftlichen Zucht zu erziehen, müssen sie damit rechnen, gegen die von den Strafgerichten des Reichsgerichts ins Ufer- und Maßlose ausgebreiteten Begriffsmerkmale des § 153 zu verstoßen. Solange dieser bestehen bleibt, muß insbesondere der Tarifvertrag, über dessen wirtschaftlichen Wert nach den Erfahrungen des Krieges kein Zweifel mehr möglich ist, ein lebloses Gebilde bleiben.

Ein wichtiges Stück Arbeiterlehre steht auf dem Spiel und den schönen Worten, die dieser spendend sind, muß die Tat folgen. Der § 153 erklärt sich historisch. Als man

1868 die Koalitionsfreiheit gewährte, glaubte man vorsichtig und tastend vorgehen zu sollen. Deshalb stellte man in § 153 die Formel auf: Rechtliche Schutzlosigkeit der Koalitionen, aber Schutz des Einzelnen vor den Koalitionen. Und hierbei blieb es in den folgenden 5 Jahrzehnten, indem man verkannte, daß die Gewerkschaften denn doch etwas anderes sind als Streikvereine, daß der wirtschaftliche Kampf zwar eine ihrer Lebensäußerungen ist, aber nicht die Lebensäußerung. Immer klarer hat sich während des Krieges der Gedanke entwickelt, der im Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst seinen Niederschlag gefunden hat, daß das, worin die eigentliche Volkskraft zum Ausdruck kommt, die größtmögliche Entfaltung aller in einem Volke lebenden Produktivkräfte, ohne die Mitwirkung der von dem Vertrauen der breiten Volksmassen getragenen Arbeiterorganisationen nicht möglich ist. Träger und Förderer der Produktion aber können die Gewerkschaften nur sein und in immer höherem Maße werden, wenn die Schranken des eine Prämie auf die Treulosigkeit gegen die Organisation setzenden § 153 fallen.

## Depeschenwechsel Berlin-Wien.

### Vollstes Einverständnis.

Der Reichskanzler hat den österreichisch-ungarischen Minister des Neuhern, Grafen Czernin, zu seiner Dekoration mit dem Stephansorden telegraphisch beglückwünscht. In der Depesche heißt es, der Kanzler begrüße diesen Vertrauensbeweis des österreichischen Kaisers „um so lebhafter, als er dem Leiter der auswärtigen Politik der eng verbundenen und befreundeten Donaumonarchie gilt, mit dem in dieser ersten Zeit in vollstem Einverständnis arbeiten und zu gemeinschaftlichem Wohl unserer Länder wirken zu dürfen, mir in politischer und menschlicher Hinsicht stets zu besonderer Freude gereichen wird.“

Graf Czernin antwortete darauf nach allgemeinen Worten des Dankes das Folgende: „Wenn ein Bündnis wie jenes, welches Österreich-Ungarn mit Deutschland verbindet, auch von den persönlichen Beziehungen Einzelner unabhängig ist, so sichert das gegenseitige Vertrauen dennoch um so fester das vollste Einverständnis bei der gemeinsamen Arbeit in dieser ersten, aber großen Zeit.“

Die österreichische und die ungarische Presse begrüßt diesen Depeschenwechsel als Beweis dafür, daß zwischen Berlin und Wien in der Friedens- und Kriegszielefrage das vollste Einverständnis besteht. Die *Reichspost* sagt, damit sei „gewissen Kombinationen der Boden entzogen“ und *Vester Lloyd* sagt, alle Besorgnisse seien damit zerstreut.

Die alldeutsche Presse, die diese Besorgnisse hervorgehoben hat, kann nun wieder toben.

## Die Erhebung gegen den Londoner Vertrag.

Ueber den Verlauf der Nacht, die am 4. Mai im Marien-Palast zwischen der vorläufigen Regierung und dem Volksausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats stattfand und deren Ergebnis die bereits veröffentlichte „Mittlung des Arbeiter- und Soldatenrats“ feststellt, gehen die Meldungen der Entente-Pressen auseinander. Englische Blätter suchen Miljukows Position zu beschönigen, als habe sein Wort die Wogen beschwichtigt. Anders aber stellt der italienische *Corriere della Sera* die Vorgänge dar:

Nach diesem Blatte erklärte Tschidtsch unter lebhaftem Beifall der Mehrzahl der Abgeordneten in äußerst energischen Worten, daß die imperialistische Haltung der provisorischen Regierung völlig unannehmbar sei. Weder das Volk noch das Heer wünschten die Fortsetzung des Krieges. Die neue Juliarmede der Regierung liege dunkel und absichtlich unklar, da die Ziele der Fortsetzung des Krieges verheimlicht werden. Die provisorische Regierung müsse ausdrücklich und in nicht mißzuverstehender Form erklären, daß sie auf jede Eroberung und Kriegsschädigung verzichtet. Die Verbündeten Rußlands dürften über die Stellungnahme des russischen Volkes nicht im Unklaren gelassen werden. Der Abg. Kamischew verlangte die Abänderung einer neuen Note an die Alliierten und forderte sofortige Revision der ehemals abgeschlossenen Verträge. Der Abgeordnete behauptete aufs äußerste, daß die neue Regierung ihre auswärtige Politik in der Richtung der alten Regierung fortsetze. Die Opposition wurde immer stärker. Als der Sturm gegen Miljukow den Höhepunkt erreicht hatte und Miljukow in äußerster Gefahr schien, brachte der Minister plötzlich ein bei ihm eingegangenes Telegramm zur Kenntnis der Abgeordneten. Der Inhalt dieses Telegramms ist der breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt geworden, doch sah sich Kamischew veranlaßt, seine Forderung nach Abänderung einer zweiten Note zurückzugeben. Morgens 8 Uhr wurde das bekannte Manifest angenommen und beschlossen, es im ganzen Reich durch Maueranschläge bekannt zu geben. Eine Einigung war trotzdem nicht zustande gekommen und die Tschidtsch-Gruppe zog ihre Forderungen nicht zurück.

Der Bündnisvertrag, gegen den der Sturm sich richtete, ist jener Londoner Vertrag vom 4. September 1914, durch den England seine Alliierten mit zehnfachen Ketten an seinen Willen und an seine Ziele fesselte. Miljukow verteidigte den Vertrag. Nach der *Moskowskaja Gazeta* erklärte er, wie der *National-Zeitung* gemeldet wird:

Die von allen Regime eingegangenen Bündnisverträge, soweit sie öffentlichen Charakters sind, befinden sich weiter völlig zu Recht. Rußland könne einen Bruch dieser Verträge nicht ohne schwere Einbuße an Ehre und Ansehen riskieren. Rußland könne rechtlich auch seine gesonderten Friedensbedingungen aufstellen. Der Londoner Vertrag vom 4. September 1914 schreibe ausdrücklich vor, daß nur nach vorausgegangener Übereinkunft der Vertragschließenden die Friedensbedingungen aufgestellt werden können. Er habe die Note an die Entente nach reichlicher Überlegung und nach bestem Gewissen verfaßt und ihre Veröffentlichung veranlaßt. Für Rußland gebe es jetzt nur zwei Wege, und zwar einen, der Rußland auf der Wiste der Großmacht beläßt und sein Ansehen in der Welt stärkt, oder einen anderen, der Rußland in die Staaten zweiter Ordnung wirft und zu einer Zerrüttung seiner Ehre führen muß. Eine Ignoranz des Londoner Vertrages müsse zudem Rußlands Volks- und Finanzwirtschaft zu einer Katastrophe führen. Wenn das Wohl des Landes es erfordere, werde er ohne Säumen zurücktreten; heute halte er sich für verpflichtet, im Interesse der Zukunft Rußlands an seinem Platte zu bleiben.

Der Londoner Vertrag sollte die Sicherung geben für den Krieg bis ans Ende, und er hat das zaristische Rußland tief in englische Schuldnechenschaft verstrickt. Jetzt, wo der Frieden marschieren will und soll, wird der blutige Sinn des Vertrags dem russischen Volke in schreckhafter Deutlichkeit sichtbar. Kehrt sich aber die Revolution, was nunmehr geschehen ist, gegen den Vertrag, so ist sie beim Konflikt mit England angelangt, und es fragt sich nun, ob England, das Rußland als großen Markt für seine Kapitalien herzurichten begann, es für diplomatisch klug hält, in dieser Lage und Stunde das Recht des finanziell Stärkeren geltend zu machen. Ein

großes Zukunftsgeschäft steht auf dem Spiel und wächst in die Friedensfrage hinein. Unter diesen Umständen gewinnt das Gerücht besonderes Interesse, der englische Postbote *Luchanan*, der in den Sturmtagen letzter Woche vom Balkon seines Petersburger Palastes zu der erregten Menge sprach, sei plötzlich und heimlich nach England gereist. In einer Bestätigung dieses Gerüchtes, das aus Finnland und aus Bergen in Norwegen kommt, fehlt es zurzeit noch. Aber dem Kern der Petersburger Krise würde die Fahrt des Postboten durchaus nicht widersprechen.

## Die kritischen Tage in Petersburg.

Weg mit den Eroberungen! — Der Rat rettet die Lage. — Große Besorgnis um die Front.

Rotterdam, 7. Mai. Nach *Nieuwe Rotterdamse Courant* berichtet der Petersburger Berichterstatter des *Daily Telegraph*: Bei den Kundgebungen am Donnerstag nachmittag vor dem Taurischen Palast schloß sich der Menge ein Reservebataillon eines finnischen Regiments an. Die Soldaten trugen Fahnen mit der Aufschrift: „Weg mit Miljukow, weg mit den Eroberungen“ und anderes. Andere Truppen kamen dazu, bis ungefähr 15 000 Soldaten mit Fahnen und Plakaten zusammengeströmt waren. Es wurden Gegenkundgebungen für die Regierung durchgeführt. Aber die Arbeiter waren der Regierung gegenüber sehr feindlich gestimmt. Nach Miternacht hielt Miljukow seine bereits gemeldete Ansprache an das Volk. Sie wurde mit großem Jubel aufgenommen. Im weiteren Verlauf der Nacht wurde die Stimmung der Menge immer günstiger für die Regierung. In Unterredungen mit Soldaten und Offizieren verurteilten viele Personen aus dem Publikum herauszufinden, was die Soldaten zu ihrem Auftreten bewogen habe. Die Fragen blieben meist unbeantwortet. Einige sagten, daß sie von „alten Soldaten“ zusammengerufen worden seien, andere, daß sie auf Befehl gehandelt hätten. Sie schießen der Meinung zu sein, daß die vorläufige Regierung nichts weiter zu tun habe, als die Friedensbedingungen bekannt zu geben und daß Deutschland sie dann annehmen würde.

In einigen Fabriken nahmen die Arbeiter am Donnerstag Entschlüsse an, in denen sie die Regierung verurteilten und verlangten, daß die Regierungsgewalt dem Ausschuß von Arbeiter- und Soldatenvertretern übertragen werden sollte. Aufzüge von Arbeitern begaben sich am Abend mit Plakaten, auf denen man Lesungsworte der extremsten Elemente lesen konnte, nach der Duma. Bald darauf traf ein großer Zug von Anhängern der Regierung ein, in dem sich viele Soldaten des Wolhynski-Regiments befanden. Die beiden Gruppen der Kundgebenden gingen friedlich auseinander.

Am Sonnabend meldete derselbe Berichterstatter: Der gestrige Tag erinnerte an die großen Tage der Revolution. Hunderttausende strömten auf dem Newsky-Prospekt und in den anderen breiten Straßen zusammen und Lastautomobile, die gedrängt voll von Soldaten waren, rissen ziellos durch die Straßen. Tausende von Menschen zogen mit Fahnen und Plakaten umher, wobei jede Schattierung der politischen Meinung der Menge zum Ausdruck kam. Am Morgen schien die Stadt in zwei Lager geteilt zu sein, die Anhänger der Regierung und die Gegner. Die gebildeten Kreise waren für die Regierung, die Arbeiter gegen sie. Im Laufe des Tages wuchs die Zahl der Anhänger der Regierung, so daß ihre Gegner sich am späten Nachmittag nicht mehr auf dem Newsky-Prospekt zeigen konnten. Die Krise ist vorüber, die Regierung bleibt. Die Führer des Arbeiter- und Soldaten-Ausschusses haben die Lage gerettet. Ohne sie wäre die Regierung gestürzt worden und wären Bürgerkrieg und Anarchie die unvermeidlichen Folgen gewesen. Die Gefahr war diesmal größer als je zuvor seit dem Ausbruch der Revolution.

Am späten Abend des Donnerstags begann eine gemeinsame Besprechung der vorläufigen Regierung, des ausführenden Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats und des Duma-Ausschusses. Es war von Anfang an deutlich erkennbar, daß beide Parteien zu einer Einigung zu kommen versuchten. Die Mitglieder der Regierung erstatteten ausführlichen Bericht über die Lage und versuchten nicht, den Ernst der Lage zu verheimlichen. Fürst Smow erklärte, die Regierung sei bereit, zugunsten anderer Männer, die beim Volke mehr Unterstützung finden würden, zurückzutreten.

Der Kriegsminister Guikow erstattete Bericht über die Verhältnisse an der Front. Er sagte, die Lage an der Front sei ernst. Der Zustand der Armee gebe im Augenblick Anlaß zu großer Besorgnis. Es seien sofortige Maßnahmen zur Wiederherstellung der Manneszucht und zur Aufrechterhaltung der Stimmung notwendig. Die Lage sei zwar nicht hoffnungslos, aber wenn der jetzige Zustand fortbauere, könne er schlimme Folgen haben. Die Masse des Volkes denke zu leichtfertig über das Friedensgerede, sie glaube, daß man den Frieden einfach durch Niederlegung der Waffen erreichen könnte. Guikow erklärte schließlich, daß er nicht nach Eroberungen strebe und daß die Annektionideen augenblicklich bei niemand Anklang fänden.

## Die Schlacht bei Arras.

Berlin, 8. Mai. (B. Z. V.) Im Raume von Arras nahm das Artilleriefeuer wieder beträchtlich zu und erreichte an vielen Abschnitten außerordentliche Stärke. Es dehnte sich auch nördlich Lens bis in die Gegend von Vermelles, La Caffée und Fromelles aus und lag mit besonderer Wucht auf dem Abschnitt zwischen Avion und Cambes. Ein ansehender britischer englischer Angriff gegen den Abschnitt Oppy-Cambes wurde durch unser guttütendes Feuer niedergebhalten. Gegen den ehemaligen Park von Roeng versuchte eine englische Kompanie einen Handstreich, den sie mit blutigen Verlusten bezahlen mußte. Unsere Sturmtruppen nahmen dagegen den Westrand des Dorfes Fresnoy, das die Engländer unter blutigsten Opfern in der vierten Arras-Schlacht erobert konnten, zurück und verbeserten nördlich dieses Ortes ihre Stellung. Südlich von Fresnoy wird noch gekämpft. Alle bestigen Gegenangriffe der Engländer gegen den wiedereroberten Westrand von Fresnoy wurden erfolgreich zurückgewiesen.

Südlich der Scarpe ging der Engländer nach schwerer Artillerievorbereitung mit starken Kräften im alten Kampfabchnitt zwischen der Straße Croisilles-Fontaine und Bullecourt zum Angriff vor. Es gelang ihm, in den Südostrand von Bullecourt einzudringen, während er an allen anderen Abschnitten blutig abgewiesen wurde! Festiges feindliches Artilleriefeuer hält seit 6. Mai auch weiter südlich an. Auch in der Nacht zum 8. blieb es außerordentlich kräftig. Die Engländer konnten sich zu dem allen Anzeichen nach am 7. Mai beabsichtigten großen Angriff noch nicht aufraffen, da unsere Artillerie mit erkennbarem Erfolg kämpfte. In der Nähe von Sagnicourt südlich von Cambes flog ein feindliches Munitionslager in die Luft.

Die Kaiserbräute und der Vortruppen in Lucein erhielten mehrere Volltreffer.

Englischer Seeresbericht vom 7. Mai. Heftiger Kampf an der Hindenburglinie östlich von Bullecourt. Die verbesserte unsere Stellung und wachsend westwärts auf Bullecourt zu Fortschritt. Ein nördlicher Bombenangriff des Feindes südlich von Lyppe wurde abgewiesen. — Zweiter englischer Bericht vom 7. Mai. Der Feind richtete einen dritten Gegenangriff mit beträchtlichen Kräften gegen unsere neuen Stellungen südlich des Souchezflusses. Die erste Welle dieses Ansturmes erreichte die Bückungen an der Front unserer Gräben und scheiterte an unserem Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Die unterirdischen Wellen wurden durch unsere Artilleriesperre erfaßt und gebrochen. Kein Deutscher kam bis an unsere Gräben. Heute früh wurde eine starke feindliche Abteilung in ungedeckter Stellung bei Bullecourt von unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer erfaßt und erlitt schwere Verluste.

## Die Schlacht an der Aisne.

Berlin, 8. Mai. (S. L. B.) Nach dem ungeheuren Aberlaß, den die Franzosen bei dem letzten gewaltigen in der Breite von 18 Kilometern unternommenen Massenangriff gegen die Mitte des Höhenzuges Chemin-des-Dames am Abend des sechsten erlitten haben, flackerten bis zum Abend des siebenten nur an einzelnen Frontabschnitten größere Teilkämpfe auf. Zwischen der Gurtelbatterie Ferme und Craonne verfuhr der Gegner in der Morgenstunde mehrmals, unsere Linien zu durchbrechen. Auch gegen den Winterberg verfuhr er am Morgen verschiedene Angriffe. Sie wurden jedoch von unserem Artilleriefeuer niedergebhalten und scheiterten sämtlich blutig, so daß die Franzosen im Laufe des Tages ihre Angriffe gegen den Winterberg einstellten. Den ganzen Tag über fanden jedoch dort heftige Handgranatenkämpfe statt. Westlich vom Winterberg wurden vorgehende französische Sturmwellen niedergebhalten und zum Teil im blutigen Nahkampf zurückgejagt. Zahlreiche Tanks beteiligten sich an dem Kampfe. Die Angriffe wurden von frisch herangeführten Divisionen ausgeführt. Blutige kleine Kämpfe flackerten im Laufe des Tages an mehreren Stellen immer wieder auf.

In den Abendstunden schwoß das Artilleriefeuer auf der ganzen Front von Saugailon bis Corbenh zu starkem Trommelfeuer an. Zeitweilig bliesen die Franzosen gegen unsere Stellungen starke Gaswellen ab. Von 6 Uhr abends ab wie nach Mitternacht, erfolgten lobann auf der ganzen Front feindliche Teilkämpfe, die zum Teil mit größter Erbitterung geführt wurden. Ein starker Angriff verblutete in unserem Artilleriefeuer zwischen Saugailon und Laflang, ebenso südlich Malmaison-Ferme, bei La Roquette-Ferme und östlich Brahe. In erbitterten Einzelkämpfen nördlich Craonne wurde der Gegner überall abgeschlagen.

Auch an diesem Kampftage erreichte der Franzose nichts, trotz aller gewaltigen Opfer.

Auf dem Brimont-Abschnitt lag starkes Feuer schwerer Kaliber und Gasgranaten. Um 4 Uhr nachmittags verließen die Franzosen in Breite mehrerer Kilometer bis östlich Le Godal die Gräben zum Angriff. Ihre Sturmwellen wurden von unserem Vernichtungsfeuer gefaßt und zurückgeworfen. Wo es Franzosentruppen gelang, in unsere Gräben einzudringen, wurden sie abends und im Laufe der Nacht wieder hinausgeworfen. Die Stellung ist fest in unserer Hand. Ein starker feindlicher Vorstoß westlich Brimont 11 Uhr abends wurde blutig abgewiesen. Das starke Feuer hielt an. Eine längere feindliche Paraskolonnen wurde am 8. Mai morgens von gutliegenden Feuergräben unserer Artillerie gefaßt.

In der Champagne erfolgte nach anhaltender planmäßiger Feuerbereitschaft, die gegen 7 Uhr abends zum Trommelfeuer anschwoß, ein starker französischer Angriff gegen unsere Höhenstellungen nordöstlich von Prosnes. Der Angriff wurde durch unser Feuer größtenteils erstickt und konnte sich nur zwischen Reil- und Wöhlberg entwickeln. Wo der Feind an schmalen Abschnitten eingebrungen war, wurde er in der Nacht wieder hinausgeworfen. Der mit großem Munitionsaufwand vorbereitete Angriff ist vollkommen gescheitert.

Fransösischer Seeresbericht vom 7. Mai nachmittags. Der gestrige Abend und die Nacht waren durch neue deutsche Gegenstöße in der Gegend nordöstlich von Sissonis und gegen den Chemin-des-Dames gekennzeichnet, wo wir viele feindliche Divisionen fest gesessen feststellten. Sehr heftige, von kräftigen Beschützungen vorbereitete deutsche Gegenangriffe wurden gegen unsere Stellungen an der Ferme Froidmont, auf der Front Gerny-Hurtelbatterie und auf die Höhen von Craonne und Wäulecette unternommen. Der Kampf, der einen lebhaften und erbitterten Charakter trug, erzielte zugunsten unserer Truppen, die den wütenden Anstürmen siegreich Widerstand leisteten und überall ihre Stellungen behaupteten. Die von Feuer unserer schweren und Feldartillerie sowie unserer Maschinengewehre niedergebhaltenen deutschen Massen erlitten beträchtliche Verluste. Im Laufe dieser Kämpfe haben wir die Zahl der von uns gemachten Gefangenen vervielfacht, die gegenwärtig 6200 übersteigt. Die Gesamtzahl der von den französischen Truppen im Laufe der am 18. April begonnenen Schlacht gemachten Gefangenen beläuft sich auf ungefähr 29 000.

Vom 7. Mai abends: Im Laufe des Tages hat der Feind seine Versuche in der Gegend nordöstlich von der Höhe von Laffaux und dem Chemin-des-Dames nicht erneuert. Der Artilleriekampf hat besonders bei Hurtelbatterie und im Abschnitt von Craonne, wo die Truppen ihre Stellungen auf der Hochebene von „Californien“ eingerichtet haben, heftig fortgedauert. Nach Aussagen von an diesem Frontteil gemachten Gefangenen haben vier feindliche Regimenter, welche an den frühlichen Angriffen der letzten Nacht teilgenommen haben, auf der Hochfläche sehr starke Verluste erlitten. Nordwestlich von Reims haben wir einen Erfolg zu verzeichnen: ein Einzelunternehmen hat es uns ermöglicht, unsere Stellungen südlich von Saligneul wesentlich zu erweitern; etwa hundert Gefangene, darunter zwei Offiziere, sind in unseren Händen geblieben. In der übrigen Front mäßige Artillerietätigkeit.

## Der Krieg auf den Meeren.

### U-Boot-Arbeit im Mittelmeer.

Berlin, 7. Mai. Im Mittelmeer wurden zwölf Dampfer und zwei Segler mit

### über 50 000 Tonnen

neu versenkt, darunter am 3. April der bewaffnete englische Dampfer Ardgaß (4540 Tonnen), mit Stückgütern von England nach Frankreich; am 4. April der bewaffnete englische Dampfer Parkgate (3232 Tonnen) und ein unbekannter tiefbeladener englischer Dampfer der Cityklasse von etwa 7000 Tonnen; am 7. April der bewaffnete englische Dampfer Maplewood (3239 Tonnen) mit 5175 Tonnen Eisen; von Tunis nach England; am 8. April der italienische Dampfer Alfa (1639 Tonnen) mit Kohlen für Italien; am 10. April der bewaffnete französische Dampfer Citreel (2574 Tonnen) mit Baumwolle; am 11. April der bewaffnete englische Dampfer Cyathia (3014 Tonnen) mit 3800 Tonnen Hafer und 5000 Hektoliter Wein von Oran nach Saloniki, im Dienste der französischen Regierung; am 12. April der bewaffnete englische Dampfer Glencliffe (3673 Tonnen) mit Kohlen für Italien; am 15. April der vollbeladene

englische Truppentransportdampfer Arcadian (8939 Tonnen), im Ägäischen Meer, der wenige Minuten nach dem Torpedotreffer sank und einen großen Teil der Truppen mit sich in die Tiefe rief.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

## Die flandrischen U-Boot-Stützpunkte.

### Die weittragenden deutschen Geschütze.

Bern, 7. Mai. Zu der Frage, warum die Stützpunkte der deutschen U-Boote an der flandrischen Küste noch nicht vernichtet worden seien, erklärt der Mitarbeiter des „Journal“, der sich zurzeit bei der englischen Flotte befindet, leider müsse darauf geantwortet werden, daß die englischen Schiffe bei der Annäherung an die Küste von den deutschen Küstenbatterien bereits unter Feuer genommen werden, wenn die englischen Schiffe noch gar nicht schießen können. Verschieblich seien englische Monitore 33 Kilometer von der Küste unter gut liegendes Sperrfeuer gekommen.

Bei dieser Mitteilung ist daran zu erinnern, daß die deutsche Kriegführung schon vor Jahr und Tag in der Lage war, von ihren flandrischen Stellungen aus Geschosse nach Dänkirchen zu senden.

## Wieder drei Truppentransportdampfer versenkt.

Berlin, 8. Mai 1917. Amtlich. Nach neu eingetroffenen Meldungen wurden wieder drei feindliche Truppentransportdampfer versenkt, und zwar am 13. April östlich Malta ein voll beladener, durch zwei italienische Zerstörer gesicherter Truppentransporter von etwa 10 000 Br.-Reg.-T. mit Kurs nach Ägypten. Am 10. April westlich Gibraltar ein englischer graugemalter Truppentransportdampfer von etwa 12 000 Tonnen mit östlichem Kurs, am 4. Mai im Ionischen Meer der italienische Truppentransportdampfer Berzes (3935 Tonnen) mit Soldaten des 61. Regiments, der aus einem durch Zerstörer gesicherten Geleitzug herangefahren wurde.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

## Seesperre und Versenkungen.

Kopenhagen, 8. Mai. „Nationaltidende“ meldet aus Kristiania: Die norwegische Handelsflotte hat im April 79 Schiffe verloren. Bei Berechnung des Zuganges von 29 Schiffen ermäßigt sich der tatsächliche Verlust auf 50 Schiffe mit zusammen 98 531 Br.-Reg.-T.

Rotterdam, 8. Mai. Die Häfen von Havre und Dänkirchen sind wegen Minenfahr gesperrt.

Amuiden, 8. Mai. Hier wurde die Besatzung des dänischen Dreimastkonnens Helga, der am Donnerstag von einem deutschen U-Boot versenkt wurde, gelandet. Der Dampftrawler Verseus, der eine Warf gekülpert hatte, die sich in sinkendem Zustande befand, ist ohne die Warf hier angekommen. Trawler und Warf waren von einem deutschen U-Boot angegriffen worden, worauf der Trawler die Schlepptau katpte.

## Wahlrechtsbewegung in Schweden.

Stockholm, 7. Mai. (Evenska Telegrambyran.) Die liberale Sammlungspartei hat dem Staatsminister eine Eingabe zugestellt, in der zur baldmöglichsten Lösung der Fragen des allgemeinen und gleichen kommunalen Stimmrechts sowie des Frauenstimmrechts um Mitwirkung der Regierung ersucht wird. In der Begründung wird ausgeführt, daß schon lange eine durchgreifende Demokratisierung der schwedischen Gesellschaft notwendig sei, jetzt sei aber deren Notwendigkeit so dringend, daß eine schwere Gefahr für das Land darliege, wenn vor der Auflösung des Reichstags ein entscheidendes Ergebnis nicht erreicht werde. Der Staatsminister erklärte, er sei nach Beratung mit den anderen Ministern eine Antwort geben zu können.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Die Pariser Kriegskonferenz. Das offiziöse Communiqué über die erneute Konferenz Lloyd Georges, Ribbotts und der militärischen Vertreter Englands und Frankreichs in Paris wiederholt die Versicherung der vollständigen Übereinstimmung aller Militärien über die „Einheitsaktion“. Die „Stampa“ indes stellt jedoch erst fest, daß es nach den Erklärungen des Ministers Gompas über seine Reise nach Paris und London nicht gelungen sei, eine wirtschaftliche einheitliche Aktion zu bilden. Auch habe jede Seeresperre die Notwendigkeit der so plötzlichen Pariser Konferenz eingesehen, da bei der jüngsten Konferenz in Savona nicht genügend Zeit gefunden wurde, die militärischen Fragen eingehend zu behandeln.

Abermals Hungerunruhen in schwedischen Städten. Aus Stockholm wird gemeldet: Anfolge der gegenwärtigen Lebensmittelknappheit kam es in Stockholm und Göteborg am Abend des 5. Mai wiederum zu heftigen Straßenaustritten, bei denen die Demonstranten mehrere Lebensmittelgeschäfte auf Vorräte durchsuchten und zum Teil plünderten. Die Polizei griff ein.

Trennung zwischen Kirche und Staat in Finnland. Die finnische Regierung hat eine Sonderkommission ernannt, die einen Gesetzesvorschlag über die Religionsfreiheit auf der Grundlage der Trennung zwischen Staat und Kirche auszuarbeiten soll.

Ein Schrecksurteil in England. Rotterdam, den 6. Mai. Es ist bisher über einen Milliardenverweigerer aus Gewissensgründen in England noch keine höhere Strafe verhängt worden, als über den Sozialisten Hobhouse, der zu drei Jahren Zwangsarbeit (Zuchthaus) verurteilt wurde. Die „Berliner Tagwacht“ meint, daß dies Urteil wohl in erster Linie seine Schwägerin Emily Hobhouse treffen sollte, die durch ihre mutige Zurückweisung der englischen Lügen über Belgien sich der englischen Regierung so mißlieblich gemacht hat.

Der Goldstand der Kronprinzessin Cecilie. Aus Washington wird gemeldet: Der Oberste Gerichtshof hat die Klage gegen den Dampfer Kronprinzessin Cecilie betreffend Zahlung einer Summe von 2 Millionen Dollar, weil das Schiff das Gold, das vor Ausbruch des Krieges für England und Frankreich an Bord gebracht worden war, nicht abgeliefert hatte, abgewiesen.

## Politische Uebersicht.

### Reichstag.

#### Von der Bildungsarbeit im Seere.

Die Diensttagung dauerte kaum zwei Stunden. Sie hätte nur einige Minuten gedauert, wenn nicht unerwartet der Feldbuchhandel und damit zusammenhängende kulturpolitische Fragen beim Seeresetat zur Sprache gebracht worden wären.

Die Frage der Bildungsarbeit im Seere wurde von unserem Genossen Heinrich Schulz zur Erörterung gestellt. Er anerkannte, daß manches geschieht, um den Millionen Soldaten, die durch den Krieg völlig von ihrer sonstigen geistigen Lebensweise abgeschnitten sind, einen Ersatz zu bieten. Aber es genügt nicht, und außerdem ist es zum Teil

jochlich recht minderwertig. Im Feldbuchhandel herrschen einige große Monopolfirmen wie Stille, Hillger und Wüsten fast unumhändert. Unser Redner forderte, daß auch der Sortimentsbuchhandel auf breiter Basis mit herangezogen werde, daß ferner bei diesen und ähnlichen Seeresaufgaben volkserzieherischen Charakters die Volksbildungsorganisationen gehört werden.

Nachdem alle Parteien schlossen sich diesen Forderungen an: für die Nationalliberalen Prinz Schönich-Carolath, für die Fortschrittliche Volkspartei Haas, für das Zentrum Fabbender, für die Konservativen Siebenbürger, für die Deutsche Fraktion Lehrens. Für die Seeresverwaltung stellte Oberst Waiz die Berücksichtigung der Anregungen in Aussicht; besonders den Wunsch unseres Genossen Schulz, daß auch nach dem Kriege für die geistige Fortbildung der Soldaten im Sinne der freien Volksbildung und in Fühlung mit ihren Organisationen Sorge getragen werden möge, sicherte er Erfüllung zu.

Vor dieser Debatte wurden Anfragen erledigt, hinterher eine Anzahl Petitionen.

### Demagogie von oben.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt einen mit einem obigen Monogramm unterzeichneten Artikel, in dem die deutsche Monarchie beschworen wird, „jetzt nur darauf bedacht zu sein, daß sie nicht entzweit werde“. Gegenüber den Bestrebungen, eine Reform unserer inneren Zustände herbeizuführen, schlägt der Verfasser eine ebenso einfache wie grobartige Taktik ein. Die Agitation gegen gewisse Zustände in Friedenszeiten war unpatriotisch, weil hierdurch die Gegner zu ihren Verdrehungen und Verleumdungen fortgesetzt Material erhalten hätten. Die Reformbestrebungen während des Krieges sind natürlich erst recht verwerflich, weil sie uns angeblich hindern (der Beweis hierfür ist noch niemals erbracht worden), reiflos alle unsere Kräfte gegen den äußeren Feind aufzubieten und weil sie wiederum von den Gegnern zu ihren politischen Zwecken ausgeschlachtet werden könnten.

Nach der Ansicht dieses pfiffigen Herrn darf also niemals ein Tadel an irgendwelchen unserer inneren Zustände laut werden, weder im Kriege noch im Frieden, weil hieraus irgend ein auswärtiger Feind Deutschlands Material ziehen könnte. Das ist allerdings ein herrlich bequemer Standpunkt für den, der selber an der Futterkrippe des Staates sitzt und lästige Nebenbuhler fernhalten möchte. Ob aber die vielen ebenso denken, die nicht der Zufall in eine mit dem obigen Monogramm geschmückten Bezüge gelegt und durch das Privilegium der Geburt zu einem Mitglied der am meisten begünstigten und mit Vorrechten versorgten Klasse gemacht hat?

Es trifft sich lustig, daß im Anschluß an diesen Artikel die „Deutsche Tageszeitung“ einen polternden Erguß gegen die „Nordb. Allgem. Ztg.“ bringen muß, weil ihr dieses offiziöse Blatt den demagogischen Charakter ihres Treibens halbamtlich besträuft hat. Im Reichstag hatte der Staatssekretär Dr. Helfferich den Satz gesprochen: „Wir haben bis zum letzten Augenblick unser äußerstes getan, den Krieg zu vermeiden und sind dabei bis zur äußersten Grenze dessen gegangen, was mit der Verteidigung des Vaterlandes noch verträglich war.“ Hierzu hatte die „Deutsche Tageszeitung“ (genauer ihr Katador, Graf Reventlow) in erkennbar kanzlerfürerischer Absicht bemerkt, daß die Warnschlacht hier die Umstände, welche zu ihr führten, nicht eingetreten sein würde, wenn die deutsche Mobilmachung drei bis vier Tage früher erfolgt wäre. Dann wäre der Krieg längst zu Ende und zwar siegreich für das Deutsche Reich. Die „N. A. Z.“ bemerkte zu diesen Ausführungen nur: „Wir beschränken uns darauf, diese Demagogie niedriger zu hängen.“

### Was wir dazu sagen!

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ zitieren gegen unsere Forderung eines Friedens ohne Gebietsabtretungen und Entschädigungen einen „Ausruf der Feldgrauen an die Kameraden daheim“, der ausgeht von einer Kompanie des Infanterie-Regiments Königsberg und zuerst veröffentlicht worden ist in Nr. 23 der „Soz. Feldpost“. Dieser Ausruf beweist nach den „Berliner Neuesten Nachrichten“, daß die Sozialdemokraten im Felde von einem Scheidemannfrieden nichts wissen wollten, er zeige, daß jeder Arbeiter im Felde weiß, daß ein Friede ohne entsprechende Sicherungen, ohne Annerionen niedrige Löhne bei hohen Lebensmittelpreisen bedeuten würde. Höhnisch fragten die „Berliner Neuesten Nachrichten“, was wir nun dazu sagen?

Was wir dazu sagen? — Daß man mit dreifachen Fälschungen in der Tat alles beweisen kann. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ haben den Brief nämlich glatt gefälscht. Er ergibt allerdings — nur sein Inhalt ist ein völlig anderer. Die Frage der Kriegsziele ist in ihnen mit keinem Wort erwähnt. Der Brief enthält nichts als eine Mahnung der Feldgrauen an die Munitionsarbeiter, im Interesse der draußen stehenden Brüder die Arbeit nicht einzustellen. Dies und nichts weiter. Wenn die „Berliner Neuesten Nachrichten“ den „Vorwärts“ in den kritischen Tagen des April verfolgt hätten, so hätten sie sich ihre bummle Frage, was wir zu dem Briefe sagen, ruhig sparen können: Wir haben ihn nämlich alsbald nach Erscheinen abgedruckt.

Aber wir können den „Berliner Neuesten Nachrichten“ ihren Schmerz über diesen bösen Reinsoll wenigstens in einem Punkte lindern: Sie haben die Fälschung des Briefes nicht als erste bedungen. Die Priorität bei der Fälschung des Inhalts des Soldatenbriefes gebührt der „Deutschen Tageszeitung“, von dort ist sie übergegangen in die alldemische Presse und — die „Leipziger Volkszeitung“.

Kleine Anfrage. Eine Anfrage des Abg. v. Richtshofen betrifft die Nichtannahme der deutschen Silber-Rupie durch englische Behörden in den besetzten Teilen Ostafrikas.

## Letzte Nachrichten.

### Der Berliner Augenkauf.

Berlin, 8. Mai. In der gestrigen geheimen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde die Vorlage wegen Erwerb von Augen der Gewerkschaften Teier nach längerer Beratung einem Ausschuss zur weiteren Vorbereitung überwiesen.

### Der A- und S-Nat für die Freiheitsanleihe.

Amsterdam, 8. Mai. (Telunion.) Aus Petersburg wird dem „Handelsblad“ gemeldet: Der Rat der Abgeordneten von Arbeitern und Soldaten in Petersburg hat mit übergroßer Stimmenmehrheit (fast 2000 zu 120 Sozialisten der äußersten Linken) beschlossen, die Regierung bei der Unterbringung der Freiheitsanleihe zu unterstützen.

### Verstaatlichung des Schankgewerbes in England?

Amsterdam, 8. Mai. Nach dem „Allgemeinen Handelsblad“ schreibt die „Times“, es bestehe Grund zu der Annahme, daß die Regierung im Prinzip die Uebernahme des Schankgewerbes durch den Staat beschlossen hat.

# Bewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

## Die Möbelpolierer und Beizer

Beschäftigten in ihrer letzten Verammlung mit den Ergebnissen der Verfassensfrage. Rücksicht, der darüber Berichtete, bedauerte die geringe Zahl der eingegangenen Fragebogen. Aber dennoch eröffneten die zusammengetragenen Antworten einen belehrenden Einblick in die Arbeitsverhältnisse der Branche. Die Frauennarbeit, die zu Anfang des Krieges vielfach nur als ein vorübergehender Notbehelf betrachtet wurde, greift immer mehr um sich. Nicht nur leichte Hilfs- und Beizvorrichtungen berichten die Arbeiterinnen, sondern sie werden auch im Propellerbau und auf Herren- und Speisegemüser beschäftigt, ja sogar auf Bettstellen, wo sie die großen, porösen Platten von Grund auf fertig bearbeiten. Angesichts dieser schweren Männerarbeit sei es sehr bedenklich, daß der Durchschnittslohn der Kolleginnen nur 52 Pf. betrage, während der der Kollegen auf 1,18 M. stehe. Jedoch, wie gewöhnlich erklärte sich der niedere Lohnsatz aus der mangelhaften Verbandzugehörigkeit der Kolleginnen, die nur zu 44 Proz. organisiert sind, während die Kollegen immerhin zu 72 Proz. dem Verbandsangehörigen.

Fast unbegreiflich sei es, daß der Durchschnittslohn weit unter dem der meisten Branchen des Verbandes stehe. 54,4 Proz. aller Beschäftigten arbeiten noch unter 1,20 M. Stundenlohn bis zu 80 Pf. herunter. Wenn früher die Arbeitslosen teilweise den Lohn senkten, so jetzt die Arbeiterinnen und schlechtentlohnenden Arbeiter. Die Unternehmer erklärten den Arbeitstendenzen gegenüber oft: Auf einen Groschen mehr Lohn käme es gar nicht an, aber sie könnten doch unmöglich über den üblichen Stundenlohn, den die bei ihnen beschäftigten Polierer erhalten, hinausgehen, denn diese seien mit den niederen Löhnen zufrieden.

In Alford arbeiten 11 Proz. der Kollegen, deren Durchschnittslohn 1,40 M. die Stunde betrage. Trenne man die Alfordarbeiter von den männlichen Lohnarbeitern, so verbleibe diesen ein Durchschnittslohn von nur 1,08 M.

Daß unter solchen Verhältnissen der Beruf nichts Verlockendes mehr an sich habe, ergebe auch die geringe Zahl von Lehrlingen, auf 55. Gehilfen käme ein Lehrling.

In der darauf folgenden Aussprache wurde die Laffheit der Kollegen und Kolleginnen scharf gerügt. In den Verfassensfragen, in denen Mittel und Wege beraten werden, um die Kollegen über die schwere Zeit hinweg zu helfen, erschienen sie meist in recht geringer Anzahl. Der Schaden, den sie durch ihre Gleichgültigkeit anrichten, werde erst nach dem Kriege zutage treten, wenn die Kollegen und Kolleginnen jetzt die günstige Zeit weiter verläßten, um ihre Arbeitsverhältnisse aufzubessern und wenn sie nicht zu diesem Zwecke ohne Ausnahme dem Verbandsbeiträgen.

## Aus der Schlichtungskommission für Militärschneider.

Für jede Arbeitsleistung ist zu zahlen.

Diese Selbstverständlichkeit mußte die Schlichtungskommission in ihrer letzten Sitzung ausdrücklich einem Beklagten klar machen. Es handelte sich um einen Zwischenmeister, gegen den vielerlei Beschwerden erhoben worden sind, wie der Vertreter des Vorkleidungsamtes erklärte. Er ist schon in Strafe genommen worden, die er noch nicht beglichen hat, und eine Reihe Klagen gegen ihn sind noch zu erwarten. In dem erwähnten Falle sagte eine Kriegerfrau, der er 2 Jahre lang tarifwidrige Löhne gezahlt hat. Als eine Kontrolle seines Betriebes in Aussicht stand, habe er sie zu einer falschen Aussage verleiten wollen: Wenn sie nach ihrem Lohnbuch gefragt würde, sollte sie sagen, sie habe es verloren. Nachträglich habe er ihr etwas nachgezahlt, als sie aber mehr verlangte, wurde sie einfach entlassen. 25 Proz. habe er für die Hofe zu wenig gezahlt, und dabei hätte sie die Nähte noch selbst plätten müssen.

Magistratsrat v. Schulz: „Warum bezahlen Sie denn die Frau nicht? Ihr Mann steht im Felde und sie hat doch auch Kinder! Sie haben Ihre Verpflichtungen dem Vorkleidungsamt und der Genossenschaft gegenüber nicht erfüllt.“

Der Beklagte wandte ein, er habe erst nachträglich erfahren, daß er nicht 70 Pf., sondern 95 Pf. zu zahlen hätte. Erst der Zarri von 1918 habe ihn darüber aufgeklärt. Daraufhin habe er vor schriftsmäßig gezahlt, die Arbeit sei ihm aber entzogen worden.

Die Klägerin bemerkte noch, daß die meiste Arbeit gar nicht eingearbeitet worden sei, wie es die Bücher zeigten.

Ein Arbeitgeberbeifiger: „Sind das die Bücher? Da steht ja gar nichts drin. Das Amt schreibt doch vor, daß die Bücher ordnungsgemäß geführt werden müssen.“

Beklagter: „Wir sind 30 Hosen abhanden gekommen.“

Beifiger: „Das hat doch mit meiner Frage nichts zu tun. Und bei dieser Buchführung ist es auch kein Wunder. Sie haben übrigens jede Arbeitsleistung zu entlohnen, das Bügeln brauchen die Frauen nicht umsonst zu machen.“

Kunze vom Schneiderverband: „Daß das Plätten bezahlt werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit, ganz egal, von wem es ausgeführt wird. Das weiß der Beklagte auch sehr gut. Die Frau hat recht, das steht außer Zweifel.“

Der Beklagte stellte nun die Behauptung auf, die Frau habe schlechte Arbeit geliefert.

Vertreter des Vorkleidungsamtes: „Jetzt kommen Sie damit, nachdem die Frau über 500 Hosen für Sie gearbeitet hat?“

Beifiger Eder: „Die Klägerin hat noch 110 Mark zu beanspruchen, 5 Pfennig für das Plätten der Hosen mit eingerechnet.“

Das Gericht beschließt dementprechend und legt fest, daß die Summe in Wochenraten von 15 Mark portofrei zuzustellen ist. Die Zeugen, die auch Forderungen erheben, müssen ihre Klage einreichen.

v. Schulz: „Nun zahlen Sie aber auch. Sie rehabilitieren sich dadurch. Wenn Sie Arbeiter wären, würden Sie auch den rechtmäßigen Lohn beanspruchen.“

## Parteinachrichten.

### Quertreiber gegen die Stockholmer Konferenz.

Die bürgerlichen Kriegsgegner, die in allen Ländern eifrig an der Arbeit sind, um einen Erfolg der Stockholmer Konferenz zu erreichen, erhalten ungehobenen Jubel aus den Lagern der Ueberpartisanen. Dort, wo der Sozialismus anfängt, ins Anarchistische überzugehen, ist man von der Stockholmer Konferenz noch weniger erbaut als in den Kreisen der Volksaufsteiler und Länderverfechter. Das Blatt der holländischen Syndikalisten, die „Tribune“, verächtigt Genossen Troelstra, der sich um das Zustandekommen der Konferenz bemüht, als „Agenten der kaiserlichen Mittelmächte“. Und warum? Weil er ganz mit den Friedenswünschen der offiziellen deutschen, österreichischen und ungarischen Arbeiterpartei übereinstimme, die alle auf die Formel eingedehnt seien: „Keine Eroberungen und keine Annexionen“. Ein auf solcher Grundlage zustande gekommener Frieden würde nach Ansicht des Syndikalistenblattes aber — den deutschen Sieg bedeuten. Es wäre allerdings sehr interessant, zu erfahren, welche Bedingungen denn die holländischen „Revolutionäre“ Deutschland dann auferlegen wollen?

Ganz in dieselbe Kerbe haut das Züricher „Volkrecht“:

„Die Konferenz des Haager Bureaus wird, wenn sie zustande kommt, die Einigung der sozialpatriotischen Konterrevolutionäre gegen die beginnende europäische Revolution zum Zwecke haben. Sie wollen einen Kompromißfrieden des internationalen Kapitals, damit die Kräfte der Revolution in Ketten gelegt werden können. Das nennen sie einen Frieden der Völker. Die internationalen Sozialdemokraten wissen, daß, wenn dieser Frieden selbst keine Annexionen bringen würde, er ein Frieden gegen die Völker sein wird.“

Wir stehen hier vor Meisterstücken der theoretischen Blindheit, die in verranntem Doktrinarismus gerade das propagiert, worüber sich die Gegner der Arbeiterklasse ins Häuschen lachen.

### Partei-Konferenz in Bremen.

Am Sonntag, den 6. Mai, fand in Bremen eine sehr gut besuchte Konferenz der Parteifunktionäre des Bezirks Nordwest statt. Die Genossen Rhein und Waigand schilderten in längeren Ausführungen die Verhältnisse in der Partei und die innerpolitische Lage. Nach längerer Debatte, in der sich nur zwei Redner auf die Seite der Opposition stellten, wurde gegen einige Stimmen eine Resolution angenommen, die die Politik der Parteimehrheit billigt und die schleunige Einberufung eines Parteitages fordert.

Halle auf Seiten der „Unabhängigen“. Der Wahlkreis Halle der durch das „Halleche Volksblatt“ schon seit Jahr und Tag im Sinne der Opposition bearbeitet wurde, hat nunmehr offiziell seinen Anschluß an die „Unabhängigen“ erklärt. Der Wahlkreis wurde am Sonntag auf der Kreisgeneralsversammlung für Halle und Saalkreis mit 116 Stimmen bei 130 Delegierten gefaßt. Gleichzeitig hat der Reichstagsabgeordnete Adrecht, der seinen Wohnsitz in Halle hat, seinen Anschluß an die Fraktion der Arbeiters-gemeinschaft erklärt. Er gehörte bisher zur sogenannten „Erweiterten Minorität“ und vertritt den Wahlkreis Halbe-Webersleben.

## Industrie und Handel.

Die kleinen Diebe hängt man, die großen . . . .

Die „Deutsche Konfektion“ beschwert sich bitter, daß die Detailisten im Konfektionsgewerbe von der vollen Schwere des Gesetzes getroffen werden, während die Großhändler und Fabrikanten trotz größter Gewinne vom Staatsanwalt verschont bleiben. Der Grund eines solchen Mißgriffes liegt wohl vielfach darin, daß dem Detailisten am leichtesten sein Gewinn nachgerechnet werden kann. An all seinen Waren muß sich ein Teil mit dem Verkaufspreis und einem Vermerk befinden, aus dem auch der Einkauf erkennlich ist. Beim Fabrikanten und auch beim Großhändler ist das erheblich schwieriger. Es hält schwer, eine andere Erklärung dafür zu finden, weshalb sonst die Industrie und der Großhandel schonender behandelt werden, und warum bei ihnen so verschwindend wenige Fälle zur Anzeige und zur Aburteilung gelangen. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß zahlreiche industrielle und auch großhändlerische Betriebe (wiederum ohne Verallgemeinerung) uheraus große Gewinne aufzuweisen haben, wie das auch unter den Augen der Verbände aus den Berichten der Textil-Aktien-gesellschaften mit verblüffender Deutlichkeit hervorgeht. Wie ist es beispielsweise möglich, daß ein Unternehmen der Textil-industrie 120 Prozent Dividende abwirft (Wedburger Wolllandwirtschaft-G.), das noch dazu in Friedenszeiten jahrelang mit Verlust gearbeitet hat, ohne daß eine Ausnutzung der Konjunktur dabei stattfindet, um eine gelinde Begehung zu gebrauchen?

Die „Deutsche Konfektion“ erinnert besonders an den Fall des Kommerzienrats Schmidt, des Inhabers der Firma Gustav Cordt, der trotz festgestellter Preisaufschläge von mehreren hundert Prozent nicht von einem Gericht verurteilt worden ist. Derselbe Herr, ein vielfacher Millionär, ist Inhaber der Seidenwarengroßfirma Schmidt u. Lorenzen und Vorstand der Vereinigung der deutschen Samt- und Seidenwaren-Großhändler. Als solcher habe er dabei mitgewirkt, daß schon zu Beginn des Krieges ein Aufschlag von 30 Proz. auf die Lagerware von dieser Vereinigung einfach dekretiert wurde. Da sein eigenes Seidenwarenlager auf etwa 5 Millionen geschätzt werde, so habe Kommerzienrat Schmidt mit einem Feder-fisch 1 1/2 Millionen verdient.

### Die Kohlenpreiserhöhung.

Die „Frankfurter Zeitung“ schließt sich dem hier ausgeprochenen Urteil an, daß sich der preußische Handelsminister bei seiner Zustimmung von fiskalischen Instinkten habe leiten lassen, und macht darauf aufmerksam, daß auch das Reich an hohen Kohlenpreisen interessiert sei, weil die Kohlenabgabe in Prozenten des fakturierten Wertes berechnet werde. Das Frankfurter Blatt zitiert aus folgenden Börsenberichten, der die Aufnahme der Preiserhöhung bei den Zählern schildert: „die nunmehr durchgesetzte Preiserhöhung für Pöble und Koks für die Werke nicht nur in rein ver-dienstlicher Hinsicht wichtig sei, sondern auch die Entschiedenheit beweise, mit der die Werke ihren Ansichten schließlich Geltung zu verschaffen wählten.“

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin beschloß, die Ausschüttung einer Dividende von 5 Proz. (i. V. 6 Proz.) vorzuschlagen.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Diederich, Berl. Friedenau; für d. übrigen Teil d. Blattes: Alfred Schatz, Reuthaus; für Inserate: Ed. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co. Berlin SW.

Stierau 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Gegen **Bar und auf Kredit** unter günstigsten Zahlungsbedingungen

## Frühjahrs-Neuheiten

Jackenkleider, Mantelkleider, Seidenkleider, Seiden - Kostüme Frühjahrs - Mäntel, Kleiderröcke aus Seide, Volle und Wollestoff, Elegante Blusen in Seide, Volle, Chiffon, Gummi- und imprägnierte Seiden-Mäntel Fertige Herren - Kleidung, Burschen- und Jünglings - Anzüge

# B.FEDER

Norden: Brunnenstrasse 1  
Süden: Kottbuser Damm 103  
Osten: Frankfurter Allee 350  
Westen: Charlottenburg, Scherrenstr. 5 Ecke Wilmersdorfer Str.

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet

Inserat mitbringen! 3 Mark Wert!

# Setagummin

(gesetzlich geschützter Seidenmantel)

Seidenmäntel	Modell-Kostüme.
Regenschutz, Prachtdücker, lose Glockenformen, Mantelkleider, reizende Farbestellungen 185.- 135.- 66.- 67 1/2	Kammgarn, Seide, Eollenne, Original-Modelle 300.- 250.- 200.- 150.- 95.-
Staubmäntel aus besten, reil-wollenen Friedensstoffen 45.- 35.- 25.- 18.-	Schwarze Sammetkostüme, entzückende Ausführungen 100.-
Sportjacken 22.- 15.-	Jugendliche Kostüme 125.- 100.- 75.- 60.- 38.-
	Seidenkleider 100.- 100.- 70.-
	Seidenröcke 60.- 35.-
	<b>Coverkot (Feinkörper)</b>
	mit U-Boot-Kragen, fische Aufmachung 125.- 100.- 75.- 60.- 52.-
	Fantasiemäntel 95.- 25.-
	Gummimäntel 45.-
	Schwarze Frauenmäntel Eollenne 100.- 75.- 50.-
<b>Plüschmäntel</b>	<b>Pelzmäntel</b>
reizende Aufmachung, Seiden-plüsch, Astrachan, wundervolle Qualitäten 200.- 200.- 150.- 95.-	beste Felle, gediegene Auf-machung, Electric, Fohlen, Persischer 1200.- 900.- 600.- 300.-
Auswahlendungen nach außerhalb	Sonntags geöffnet 8-10 Uhr
	<b>Ulster</b>
	mollige Qualitäten, teils aus Friedensstoffen 100.- 75.- 50.-
	einfache Ulster 95.- 25.- 18.-
	Passepartout für stärkste Figuren

## Bezugsquellen-Verzeichnis.

<b>Erscheint 2 mal wöchentlich.</b> Otto Wolff, Treptow, Krüüst. 16 Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseest. 151a <b>Handagen, Gummw.</b> R. Hauke, Siralauer Str. 24. E. Kraus, Kramplasterstr. 55. A. E. Lange, Brunnenstr. 166 <b>Butter, Eier, Käse</b> <b>Wilhelm Göbel</b> 25 eigene Füllalen.	<b>August Holz</b> 13 Detail-Geschäfte. <b>Bierbrauerei, Bierhandlung</b> <b>Brauerei Bötzw</b> empfehlit <b>Qualitätsbiere</b> ersten Ranges. <b>Münchener Brauhaus</b> Berlin und Oranienburg <b>Trinkt Wanninger Bier!</b> <b>Weissbier, C. Breithaupt,</b> Falkenstr. 97 Tel. Kpt. 2861, 2863 <b>Drogen und Farben</b> Werder-Druggrie, Fritz-Schwarz, 22	<b>Essigfabriken</b> <b>Timmer-Essig</b> überall erhältlich <b>Fielsch- u. Wurstw.</b> <b>W. Beck</b> Inh.: Herm. Gerbach Charlottenburg, Berlinstr. 68-69 Fleisch- und Wurstarwarenfabrik Willy Gericke, Petersburgerstr. 31 Otto Kengel, Alte Jacobstr. 25. <b>Herren-u. Knabengard.</b> <b>J. Baer</b> Badstr. 24, Ecke Prinzen-Allee Leske & Sipeckel, Schick-Allee 7 Fabisch & Co. Eckhaus Linienstr. <b>Kolonialwaren</b> Adam Schmitz, Schlemmerstr. 11.	<b>Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.</b> Carl Jung, Stromstr. 31. Rühmann, P. Müllerstr. 40b, E-Seest. <b>Mohlhändlerungen</b> Kustauer- straße 44 Koskilla, Ebest. 23, Kaiser-Friedr. Str. 64, Wasserstr. 189, Friedenstr. 22 Treptow, Grätz-Str. 44. <b>Gaede, Otto</b> Charlotten- burg. F. W. Sichter Wrangelstr. 75 Ecke Currystr. <b>Nähmaschinen</b> <b>Bellmann, E.</b> Gollnowstr. 26 Nähmaschinen <b>Singer</b> Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.	<b>Unterstehende Geschäfte</b> empfehlen sich b. Einkäuf. <b>Hüte, Mützen, Pelzwaren</b> <b>Vester, E.</b> Kottbuser- Damm 18119 <b>Kurz, Weis, Wolw., Trikots,</b> Hermann Meyer, Scherrenstr. 21. <b>Photogr. Apparate</b> <b>M. Albrecht</b> 80, Kottbuserstr. 2. auch Gelegenheitsakt. <b>Weine, Liköre, Fruchtsäfte</b> <b>Hugo Boling</b> 60 Filialen in allen Stadtteilen. <b>Herm. Meyer &amp; Co., Act.-</b> Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl. <b>Underberg</b> SEMPER IDEM	<b>Meierei C. Bolle</b> A.-G. Berlin N.W. 21. Alt Moabit 98/133 u Ältester und größter Milchwirtschaftlicher = Grossbetrieb = <b>Optiker, Mechaniker</b> Schubert, Carl-Nikla-Bergstr. 148 <b>Schreibwaren</b> O. Prochnow, Mühlstr. 43 <b>Uhren u. Goldwaren</b> Lehmann, Alb., Frankl, Allee 40 <b>Versicherungen</b> <b>„Deutschland“ Berlin</b> Arbeiterversicherung - Schützen- Sterbekassenversicherung, str. 2. <b>Spandau</b> Schwarzstr. 2, Schulstr. 13, Jäh- u. W.-
---	---	---	---	---	--

Die Wahlreform im Verfassungsausschuss.

Abstimmungsordnung — Immunität — Reichstagswahlrecht.

Der Verfassungsausschuss beschloß am Dienstag nach kurzer Diskussion, den Artikel 28 der Verfassung im Satz 1 wie folgt zu ändern:

Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit der Abstimmenden, vorbehaltlich der Ausnahmen, welche durch die Geschäftsordnung für die vom Reichstag vorzunehmenden Wahlen zu bestimmen sind.

Der Ausschuss wandte sich dann der Beratung des folgenden Antrages zu:

Die Mitglieder des Reichstags sind berechtigt, über Personen, die ihnen in Ausübung ihres Berufes Tatsachen anvertraut haben, oder denen sie in Ausübung ihres Berufes solche anvertrauten, sowie über die Tatsachen selbst das Zeugnis zu verweigern. Auch bezüglich der Beschlagnahme stehen sie den Personen gleich, welche ein gesetzliches Zeugnisverweigerungsrecht besitzen.

Abg. Gaußmann (Sp.) begründet diesen Antrag, der den Abgeordneten das Zeugnisverweigerungsrecht zugestehen will.

Abg. Kreth (konj.) bekämpft den Antrag mit dem Hinweis auf die Fälle Wetterlé und Weill.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Verübung von Landesverrat soll nicht gestraft werden. Der Fall Weill beweist jedenfalls nichts, denn kein Mensch hätte eine Abmahnung davon, daß sich Weill im Falle eines Krieges so verhalten werde, wie er es dann getan hat.

Abg. Gaafe (Unab. Soz.): Mit den Fällen Weill und Wetterlé kann man den Antrag nicht bekämpfen.

Abg. Mertin (Deutsche Frakt.) meint, eine solche Vorschrift gehöre in die Strafprozessordnung, nicht in die Verfassung.

Staatssekretär Vises: Die Fälle der Zeugnisverweigerung sind in der Strafprozessordnung festgelegt. Dort soll geschützt werden, was den bezeichneten Personen unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt wird. Auf die Abgeordneten trifft das nicht zu, denn sie sollen das, was ihnen mitgeteilt wird, nicht geheim halten, sondern es veröffentlichen.

Abg. Schiffer (nall.) bekämpft die Ansichten des Staatssekretärs.

Abg. Landsberg (Soz.): Das Vertrauen zu den Abgeordneten muß erschüttert werden, wenn ihre Gewährsmänner nicht die Gewissheit haben, daß sie unter allen Umständen geschützt sind.

Es entspringt sich eine weitere ausgedehnte Debatte, an der namentlich die Rechte teilnimmt.

Abg. Graf Belsary bewahrt seine Partei gegen den Vorwurf der Abstraktion.

Abg. Erine (Soz.) hält diesen Vorwurf aufrecht; es wäre besser mehr abzustimmen und weniger zu reden. Jeder Abgeordnete wisse doch was er wolle, und man werde sich nicht überzeugen. Von allen Seiten beklage man sich, daß der Ausschuss nicht von der Stelle komme.

Abg. Lebour (Unab. Soz.) erklärt, feststellen zu müssen, daß auch er und seine Freunde keine Abstraktion leiden.

Ministerialdirektor Lewald stellt zur Erwägung, da die große Mehrheit des Ausschusses eine herabsetzende Bestimmung wünsche, andererseits die verbündeten Regierungen 1911 einen durchaus gegenständlichen Standpunkt eingenommen haben, ob sich nicht eine Brücke zur Verständigung dadurch bauen ließe, daß man eine Bestimmung treffe, wonach ein Zeugnisverweigerungsverbot gegen einen Abgeordneten nur mit Genehmigung des Reichstages zulässig sei.

Die weitere Diskussion fördert nichts Wesentliches mehr zulage. Der Antrag wird gegen 4 Stimmen angenommen.

Ohne Debatte wird mit dem gleichen Stimmenverhältnis der weitere Antrag angenommen:

im Artikel 31 werden die Absätze 2 und 3 dahin abgeändert: Gleiche Genehmigung ist bei jeder anderen die Ausübung des Abgeordnetenberufes beeinträchtigenden Beschränkung der persönlichen Freiheit erforderlich.

Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Haft oder sonstige Beschränkung der persönlichen Freiheit für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

Der Ausschuss beschloß nunmehr in die Beratung der Anträge einzutreten, die sich auf das

Reichstagswahlrecht

beziehen. Zunächst der schon bekannte Antrag der Arbeitsgemeinschaft, dann die sozialdemokratischen Anträge:

Der Reichstag geht aus allgemeinen, gleichen und direkten, nach dem Verhältniswahlrecht vorzunehmenden Wahlen mit allgemeiner Abstimmung hervor, an denen alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes teilnehmen.

In jedem Bundesstaat und im Reichsland Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Berücksichtigung der Winderheiten (Verhältniswahlrecht) gewählte Volksvertretung bestehen. Das Recht zur Teilnahme an der Wahl zu dieser Körperschaft haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes in dem Bundesstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Die Zustimmung dieser Volksvertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsplans erforderlich.

Endlich folgende Resolution der Fortschrittler:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstago alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bestimmt, daß bis zur Durchführung der im Wahlgeseze vom 31. Mai 1899 vorgesehenen allgemeinen Verrechnung der Abgeordnetenzahl die Wahlkreise mit besonders hohem Bevölkerungszuwachse eine entsprechende Verrechnung der Mandate — unter Einführung der Verhältniswahl für diese — erhalten.

Abg. Landsberg (Soz.): Von dem Schicksal dieser Anträge hängt unsere Bewertung der Arbeiten des Ausschusses ab. Wenn es richtig ist, daß weite Kreise des deutschen Volkes entrechtet, daß große Kräfte gebunden sind, dann müssen diese Zustände durch Erweiterung der politischen Rechte beseitigt werden. Das Wahlgeseze ist ein Teil der Verfassung. Der Umstand, daß eine Neueinteilung der Wahlkreise seit 50 Jahren nicht mehr vorgenommen wurde, hat zu Zuständen geführt, die zum Himmel schreien. In dem Alter, in dem der Staatsbürger wehrpflichtig wird, also mit 20 Jahren, müssen ihm auch die politischen Staatsbürgerrechte eingeräumt werden. Die gewaltigen Leistungen der Frauen in diesem Kriege sollten von sich selbst führen, den Frauen das Wahlrecht zu geben. Wir verlangen aber außerdem die Verhältniswahl an Stelle der Einzelwahl. Etwas geht dabei verloren, das persönliche Verhältnis des Abgeordneten zu seinen Wählern. Das kann aber nicht entscheidend sein. Ein getreues Spiegelbild der Stimmung im Volke gibt nur die Verhältniswahl, die auch gewichtigen Winderheiten zu einer parlamentarischen Vertretung hilft. Die Verfassung ist nicht beachtet worden, sonst hätte längst eine neue Wahlkreiseinteilung stattfinden müssen.

Abg. Pashide begründet die fortschrittliche Resolution. Die Verhältniswahl ist nichts Neues, sie besteht bereits für die Wahlen zu einer Reihe öffentlicher Körperschaften. Keiner schließt sich der von Landsberg gegebenen Begründung an. Insbesondere aber sei es nötig, zunächst einmal die bestehenden Kreiswahlkreise zu teilen. Die Festsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre ist nicht annehmbar. Wenn man jetzt das Frauenwahlrecht beschließt, dann bestehe die Gefahr, gar nichts zu erreichen, so bezieht die Forderung auch ist.

Abg. Kreth (L.): Wahlrechtsfragen sind Machfragen, deshalb müsse man vorher wissen, ob man bei diesem Sprung nicht Hals und Krage breche. Die Regierung möge Material vorlegen, bis dahin müsse die Abstimmung ausgesetzt werden. In der Verfassung stehe nicht, daß auf 100 000 Seelen ein Abgeordneter kommen müsse, das stehe lediglich im Wahlgeseze. Entwässerter Landessteile, die durch die Schuld unserer wirtschaftlichen Politik sehr gelitten haben, sollen jetzt noch obendrein politisch entrechtet werden. Der Proporz entspreche nicht der deutschen Eigenart. Die Altersgrenze für das Wahlrecht müsse heraufgesetzt werden. Das Frauenwahlrecht würde in den Fabriken zu einem wahren Terror führen, das Familienleben würde zerrüttet, die Frau habe einmal im Leben das Recht der Wahl, nämlich einen Mann zu wählen — und das genügt!

Abg. Lebour polemisiert lebhaft gegen den Abg. Kreth mit dem Hinweis darauf, daß in Finnland die Frauen das aktive und passive Wahlrecht besitzen. Durch den Krieg ist die Bewegung für das Frauenwahlrecht noch ganz bedeutend verstärkt worden. Das heute noch auf Grund der Volkszählung von 1894 gewählt wird, ist ein unerhörter Zustand. Die Entstehung der Kreiswahlkreise hat zu einer rechtlichen Vernachlässigung der dort wohnenden Wähler geführt. Das platte Land soll nicht bestraft werden, es soll nur der ihm nicht zustehenden Bevorzugung entleidet werden. Keiner erörtere dann eingehend die Art des Proporzses.

Abg. Schiffer (nall.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu einem Teil der fortschrittlichen Resolution. Mit der Einführung der Verhältniswahl in den Kreiswahlkreisen könne man einverstanden sein. Den übrigen Anträgen könne er nicht zustimmen.

Abg. David: Wir wollen bezüglich des Frauenstimmrechts nicht hinter anderen Ländern zurückbleiben. Beim Proporz kommen auch die Winderheiten zu ihrem Recht. Namentlich muß schleunigst der schreiende Mißstand der Kreiswahlkreise beseitigt werden, und zwar noch vor den nächsten Reichstagswahlen. Die Behauptung, daß das platte Land mehr zu der militärischen Kraft beiträgt, ist durch den Weltkrieg mit seinen technischen Anforderungen widerlegt. Wir haben heute ein Pluralwahlrecht zugunsten des platten Landes und zu Ungunsten der Städte, die nicht entsprechend ihren Leistungen zu ihrem Recht gelangen. Eine provisorische Regelung im Sinne des Antrages der Fortschrittler darf eine definitive Gesamtregelung nicht hindern und das Provisorium darf nicht etwa ein neues Unrecht bringen.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Reichstag.

103. Sitzung, Dienstag, den 8. Mai, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsstisch: von Stein.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kleine Anfragen.

Abg. Kunert (Soz. Arb.): Die in Köln-Chrenfeld vor und mit Beginn des Krieges domizilierten Belgier Jacob van de Beek, Peter van de Beek, Johann Kamäters, Lambert Kamäters, Theodor Kamäters, Lorenz Lanßen erhielten im März 1917 von der deutschen Militärverwaltung Gestellungsbefehl zum Eintritt in das Heer;

eine Anzahl Belgier wurde tatsächlich eingezogen.

Dagegen erhoben die Genannten, die militärisch in ihrem Lande ausgebildet waren, durch den spanischen Konsul Einspruch, weil ihre Einstellung rechtswidrig sei. Dieser Einspruch war vergeblich.

Sind dem Herrn Reichskanzler diese Tatsachen bekannt? Was gedenkt er zu tun?

Oberst Warauardt: Das Kriegsministerium hat sich sofort nach Eingang der Anfrage mit dem zuständigen stellvertretenden Generalkommando des 8. Armeekorps in Verbindung gesetzt. Dieses hat telegraphisch mitgeteilt, daß die in der Anfrage Genannten zur Erfüllung ihrer Wehrpflicht herangezogen seien. Das Kriegsministerium wird die Staatsangehörigkeitsfrage nötigenfalls im Benehmen mit dem Herrn Minister des Innern eingehend nachprüfen. Sollte es sich herausstellen, daß die Genannten zu Unrecht eingezogen sind, dann wird ihre Entlassung ungehäumt veranlaßt werden.

Abg. Kunert (Soz. Arb.) (zur Ergänzung): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß außer den genannten Belgiern noch eine große Anzahl ihrer Landsleute zum Eintritt in das deutsche Heer gezwungen worden sind?

Präsident Dr. Kaempf: Das ist eine neue Anfrage.

Abg. Viehsing (Sp.) fragt an, ob dem Reichskanzler bekannt ist, daß die Rheinische Handels- und Kreditgesellschaft m. b. H. in Köln am 1. April 1917 nach Verabschiedung des Kohlensteuergesezes die Preise für Kohle um 8 M., die für Koks um 10 M. für 10 Tonnen ab Anschlagelagel Rannheim mit Wirkung vom 1. April 1917 erhöht hat. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um diese Preisverhöhung rückgängig zu machen und dem Reichstagsbeschlusse gemäß weitere, den Betrag der Steuer übersteigende Preisverhöhungen zu verhindern?

Ministerialdirektor Müller: Die Anfrage hat zu einstweiligen Feststellungen Anlaß gegeben. Eine Antwort darauf ist bis heute noch nicht eingegangen.

Abg. Viehsing: Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Abg. Dr. Jund (nall.) fragt an, ob dem Reichskanzler die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung des Königreichs Sachsen bekannt sind und welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um die ausreichende Versorgung Sachsens mit Kohlen und Koks im nächsten Winter sicherzustellen.

Ministerialdirektor Müller erwidert, daß die Beförderungs- und Transportverhältnisse noch nicht weit genug geklärt seien; um eine bestimmte Auskunft für den nächsten Winter zu geben.

Abg. Kör (Z.) fragt an, was geschehen sei, um unsere Schafzucht und Wollproduktion zu vermehren.

Ministerialdirektor Müller: Die Reichsleitung hat dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Alle notwendigen Maßnahmen sind ergriffen.

Hierauf wird die

zweite Lesung des Militäretats

bei der Beratung der einzelnen Kapitel fortgesetzt.

Bei der Forderung von 270 000 M. als vierte Rate zur Erweiterung der Wilhelmshafen-Anlagen in Wiesbaden bemerkt

Abg. Städel (Soz.): Die Verpflegung der Verwundeten und Kranken in den privaten Kuranstalten läßt sehr viel zu wünschen übrig. Es wird dafür zu sorgen sein, daß die reichseigenen Kuranstalten auszubauen und die Verwundeten ganz aus den privaten Kuranstalten herauszubringen sind.

Generalarzt Schulken: Der Verpflegung der Kranken und Verwundeten wird die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Der Bedarf an eigenen Reichsanstalten kann nicht nach dem augenblicklichen Stand an Kranken beurteilt werden, sondern nur nach dem dauernden Bestand im Frieden.

Die Ausgaben werden genehmigt.

Bei den Einnahmen bespricht

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.) den Feldbuchhandel. Es ist außerordentlich viel geschehen, um die Soldaten mit geistiger Kost zu versehen, aber leider ist der Feldbuchhandel von drei bis vier großen Firmen monopolisiert worden, die aus rein geschäftlichen buchhändlerischen Interesse handeln, nicht aus vorkriegszieherischem Interesse. Alte Ladenhüter sind abgesetzt worden und ferner ist direkt

literarischer Kriegsdienst

verfertigt worden. Der Verlag „Kunst“ hat eine Romanammlung herausgebracht, „Krieg und Liebe“, von der ich schon den Band 23 hier habe. Diese Romane sind typischer Schund, den die Soldaten lesen, weil ihnen nichts anderes geboten wird. Eine Verbesserung wird jetzt durch eine vom Kriegsministerium beauftragte G. m. b. H. erzielt. Von dem Preis der zugelassenen Bücher verlangen die Armeekorpskommandos 35 Proz.; deshalb sind alle guten billigen Volksbuchsammlungen ausgeschlossen. Die Reform darf sich nicht auf die geschäftliche Seite des Volksbuchhandels beschränken, sondern muß das vorkriegszieherische Moment ins Auge fassen. Der „Ausschuss deutscher Volksbildungsvereinigungen“, in dem sämtliche Richtungen und Parteien vertreten sind, sollte bei der Reform des Feldbuchhandels zugezogen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Prinz zu Schönau-Carlsath (nall.) betont, daß die Ueberweisung der Bücher an die Soldaten kostenfrei erfolgen müsse. Dem Wunsch nach Heranziehung der Volksbildungsverbände bei der Organisation des Feldbuchhandels schließt er sich an.

Abg. Haas (Sp.) bemängelt, daß die Kommandobehörden sich als Schutzmänner fühlen, die das Lesebedarfnis der Soldaten zu überdecken haben.

Abg. Raßbender (Z.) bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Seiermann (L.): Auch wir legen Wert darauf, daß der Soldaten gute Lektüre zugeführt wird. Das wirtschaftliche Interesse der einzelnen Buchhandlungsfirmen muß dabei zurückstehen hinter den Interessen der Volksbildung.

Abg. Lehrens (Deutsche Fraktion): Es kann nicht scharf genug betont werden, daß nur gute Bücher ins Feld geschickt werden dürfen. Wenn auch in den Kantinen Bücher verkauft werden sollen, müßte das ganze Kantinenwesen umgestaltet und durch Körperschaften bewirtschaftet werden, die nur ein ideales Interesse daran haben.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums: Ein Teil des Lesestoffs wird dem Feldheer unentgeltlich zugestellt. Ich danke namens der Heeresverwaltung den zahlreichen Organisationen, die sich dieser Frage angenommen haben. Außerdem wird auch durch fahrbare Feldbüchereien usw. guter Lesestoff unter den Soldaten verbreitet. Bei den Feldbuchhandlungen ist noch nicht alles so, wie wir es wünschen. Es sind jetzt Leitfäden aufgestellt, die die Zustimmung der buchhändlerischen Organisationen gefunden haben. Neuerdings hat auf Veranlassung des Generalquartiermeisters eine Nachprüfung der Verhältnisse stattgefunden, die ergeben hat, daß noch wohl Mißstände vorhanden sind, daß aber im allgemeinen die Leitfäden beachtet werden. Auch im Kinowesen suchen wir den sich breit machenden Schund zurückzudrängen. (Beifall.)

Damit schließt die Debatte.

Der Präsidentet wird bewilligt.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition des Lehrers Anton Walejska, Berlin-Reinickendorf, um Hilfe in seiner Zwangsrentenangelegenheit wird gemäß dem Antrage der Kommission dem Reichskanzler als Material zur reichsgesetzlichen Regelung des Rentenwesens überwiesen und eine Resolution dazu angenommen, die den Reichskanzler ersucht, bei der preussischen Regierung eine Nachprüfung der materiellen Forderungen des Lehrers zu veranlassen.

Nach debattierter Erledigung einer Reihe weiterer Petitionen ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Marineetat, kleinere Etat, Etatgeseze.

Schluß gegen 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Arbeitsverhältnisse der Marine-Divisionen.

Am Dienstag wurden die noch ausstehenden Haushaltspläne erledigt, nämlich der für die Kaiserliche Marine, des Reichsmilitärgericht, des Reichskolonialamt, die Schutzgebiete, die allgemeine Finanzverwaltung und der Hauptplan. Zunächst kamen die

Arbeiter- und Angestelltenfragen

im Bereich der Kaiserlichen Marine zur Verhandlung.

Abg. Giebel (Soz.) beschwerte sich über die Behandlung und Verpflegung bei den Divisionen. Er wünscht Auskunft über die Zahl der Arreststrafen, die hier verhängt worden seien. Auf den Kaiserlichen Werften wird von Technikern und Bureauangestellten sowie von anderen Angestellten über die völlig unzureichenden Gehälter geklagt. Vom Reichsmarinemat sei der Kriegserneuerung nicht in genügendem Maße Rechnung getragen. Mehr als 60 Proz. der Bureauangestellten hätten hier im Oktober 1916 ein Monatsgehalt von weniger als 150 M. und außerdem betrug die Entschädigung für die Ueberstunden nur 15 Proz. und die Feuerungszulage war ganz gering. Hier müsse das Marinemat schnell und im nötigen Umfang eingreifen. Statt dessen sei manches für die Angestellten noch verschlechtert worden. So habe man jetzt den technischen Bureauangestellten die Möglichkeit genommen, zu Hilfsrechnern emporzuarücken. Den Bureauangestellten mit Dienstvertrag habe man sogar die Feuerungszulage widerrechtlich verweigert. (Zuruf des Admiralsrats Harms: Das wird beseitigt!) Ebenso habe das Reichsmarinemat die Vergütung von Ueberstunden wiederholt herabgesetzt. Die Angestellten hätten sogar die höhere Einzelbezahlung zurück erhalten müssen, trotz ihrer geringen Gehälter! Noch jetzt schweben dieserhalb Prozesse der Angestellten. Das Reichsmarinemat sei in der ersten und zweiten Instanz zur Zahlung verurteilt worden. Es beruhe sich aber nicht dabei und habe jetzt Revision eingeleitet. Alles in allem haben Bureauangestellte, Techniker und Monatslöhner so viel Gründe zur Unzufriedenheit, daß möglichst schnell durch eine zeitgemäße, auskömmliche Besoldung und angemessene Behandlung Besserung geschaffen werden müsse.

Staatssekretär des Reichsmarinemats v. Capelle: Die Regelung der Verhältnisse bei den Divisionen sei überaus schwierig, da die Personen zwar als Arbeiter beschäftigt werden, aber doch den militärischen Bestimmungen unterstehen. Beiden Verhältnissen soll Rechnung getragen werden. Das könne nicht immer so erreicht werden, wie es gewünscht wird. Die vom Herrn Abg. Giebel vorgebrachten Beschwerden sollen nachgeprüft und soweit irgend angängig beseitigt werden. Er für seine Person sei kein grundsätzlicher Gegner davon, daß die Divisionen überhaupt aufgelöst werden sollen, nur stehen der Durchführung des Planes praktische noch Schwierigkeiten im Wege. Bezüglich einer Beschwerde des Abg. Giebel über die Angestelltenauschüsse müsse er aber betonen, daß die Angestelltenauschüsse bei den Werften Organe der Werkdirektionen seien. Daher müsse auch die Werk-

direktion das Recht haben, diese Ausschüsse aufzulösen, wenn es ihr nötig erscheint. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)  
Admiralitätsrat **Garms** bemühte sich eingehend, nachzuweisen, daß den Wünschen des Abg. Siebel bereits in einigen Fällen entsprochen sei. Die technischen Bureauangeestellten können auch Hilfsarbeiter werden, wenn sie die erforderliche fachliche Ausbildung hätten. Die

### Ueberstundenprozesse

feien allerdings bedauerlich. Die Marineleitung würde nicht daran denken, Revision einzulegen, wenn nicht das letzte Urteil der Berufsleitung die Verpflichtung auferlegt hätte, auch fernerhin die Ueberstunden in der ganzen Kriegszeit zu bezahlen. Zu einer Verständigung mit dem Abg. Siebel würden sie gerne bereit sein. Den Anregungen Siebels, die Angestellten besser zu bezahlen, sei zu einem Teil bereits seit dem 1. April Folge geleistet. Ausgeschlossen aber sei es, daß die Angestellten besser gestellt würden als die Beamten.

Abg. **Brandes** (Soz.) wendet sich gegen die Erklärungen, die vom Vertreter des Reichsmarineamts bisher zur Frage der Arbeiter und Angestellten abgegeben worden sind. Sie berücksichtigen nur einen Teil der vorgetragenen Tatsachen und betriebligen in seiner Weise. Vor allem fordere er eine klare Erklärung über die Stellung des Reichsmarineamts zu den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen bei Verhandlungen über die Arbeitsverhältnisse. Es gäbe kein Vertrauen mehr in den Fragen der Lohn-, Affordpreis- und Protokollregelung. Die Ueberstunden der Arbeiter sei begreiflicherweise nach fast dreijähriger Kriegsdauer zu Ende. Das gleiche trifft zu für die Bezahlung der technischen und Bureauangestellten.

Staatssekretär **v. Capelle** teilt mit, daß er die Verfügung aufgehoben habe, nach der es verboten war, daß mit den Vertretern der außerhalb der Marinebetriebe stehenden Organisationen von Arbeitern und Angestellten über Angelegenheiten der in den Marinebetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten verkehrt werde. Da der Verkehr nicht leicht ist, habe er angeordnet, daß er auf einzelne Stellen konzentriert werde. Diese Stellen sind die drei Oberverwaltungsstellen, und zwar die in Kiel und Wilhelmshaven zunächst auch für die in den Marinebetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter der größeren Bezirke der Stationen, ausschließlich Danzig. Ihnen steht in Gestalt der Arbeitsschutz-Vorstände ein für diesen Verkehr vorgebildetes Beamtenpersonal zur Verfügung; diese Beamten sollen die erwähnten Angelegenheiten bearbeiten.

### Ernährungsfragen im Reichstagsauschuss

Bei der Besprechung der Milch- und Fettversorgung schied Abg. **Wurm** (Unabh.) die Schwierigkeiten der Milchversorgung für Berlin. In den letzten Tagen kamen bis zu 40 Prozent, das sind 120 000 Liter Milch in Berlin teuer an. — **Heß** (nall.) verteidigt die Auffassung, daß der Milchpreis viel zu niedrig ist, ebenso **Abg. Rupp** (Wirtsch. Ag.) und **Weinboeck** (L.) — **Abg. Hoff** (Sp.) bestreitet das, denn es müsse bei der Berechnung doch nicht die ungünstigste Jahreszeit herangezogen werden, sondern der Durchschnitt der Viehhaltungskosten. — **v. Grävenitz**, Vertreter der Reichsfleischstelle: Es ist unmöglich, die Milch reiflos zu erfassen oder so zu behandeln wie zu Friedenszeiten. Es fehlt am nötigen Personal. Vor allem mangelt es an der nötigen Reinigung der Kühen und Käse. Straßburg hat eine Versorgung eingeführt, die sehr zu empfehlen ist. Folgt Berlin nicht diesem Beispiel einer großzügigen Organisation, so wird es mit der Versorgung im Sommer sehr übel stehen. — Ein Vertreter der Polen berichtet, daß unter anderem im Bezirk der Laurahütte nur die Beamten Milch bekommen, die Arbeiter nicht. — **Rupp** (Soz.) wendet sich sehr entschieden gegen das Verlangen auf Erhöhung der Milchpreise.

Die Beschwerden über

### hohe Preise der Pflanzstoffe

nißt dem Vertreter der Reichsstelle für Herische und pflanzliche Fette Anlaß, darzulegen, daß leider der Preis für Rüffe, die im Ausland eingekauft wurden, durch den freien Handel bis zu 7 M. das kilo hinaufgefahren wären. Später, als der Reichsstelle die alleinige Einfuhr übertragen wurde, konnte der Preis auf 1,90 M. herabgedrückt werden. Aus den Beständen des freien Handels ist dann **Rußland** zum Preise bis zu 30 M. und darüber pro Pfund in den Handel gekommen. Dieser Zustand ist jetzt beseitigt, da das Öl beschlagnahmt ist. Die Versorgung der Margarinefabriken mit Öl ist in dem Umfange möglich gewesen, daß die Margarineproduktion auf der jetzigen Höhe für zwei Jahre sichergestellt ist.

### Der Kampf gegen die Gefindeordnungen.

Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte am Dienstag weiter über die Eingabe des Zentralverbandes der Hausangehörigen auf Aufhebung der Gefindeordnungen. Die Kommission war einmütig der Auffassung, daß ein einheitliches und den modernen Rechtsauffassungen entsprechendes Recht für das Gefinde und die ländlichen Arbeiter geschaffen werden müsse. Aber die Unterstellung des Gefindes unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung ging der Mehrheit der Kommission zu weit. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Eingabe zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt; darauf wurde einstimmig die Ueberweisung als Material beschlossen.

## Bezirksorganisation Groß-Berlin

(Sozialdemokratische Partei Deutschlands).

### Bezirksvorstand.

#### Vorsitzende:

**Eugen Ernst**, SW. 68, Lindenstraße 2.  
**Otto Weis**, SW. 68, Lindenstraße 3.

#### Kassierer:

**Theodor Fischer**, SW. 68, Lindenstraße 3.

#### Schriftführer:

**Fuga Pochsch**, NO. 18, Ebinger Straße 87.

### Vertreter der Sozialdemokratischen Vereine:

**Franz Lucht**, SW. 68, Lindenstraße 2.  
**Roz Polzmann**, SW. 29, Solmsstraße 24.  
**Heinrich Schröder**, SW. 47, Vogelberger Straße 54.  
**Julius Jänicke**, SW. 29, Solmsstraße 30.  
**Kugust Pöhl**, SO. 26, Raunstraße 30.  
**Georg Feldmann**, SW. 68, Lindenstraße 2.  
**Karl Klingler**, O. 34, Gubener Straße 49.  
**Wilhelm Mann**, O. 34, Wilhelm-Stolze-Straße 4.  
**Albert Schmidt**, N. 54, Adlerstraße 1, III.  
**Leonhard Zucht**, NO. 55, Immanuelstraße 13.  
**Kugust Pöhl**, R. 39, Müllerstraße 100.  
**Heinrich Umlauf**, NW. 5, Putzstraße 17.  
**Roz Groger**, SW. 68, Lindenstraße 3.  
**Franz Krüger**, Köpenick, Wühlstraße 101.  
**Bruno Fiebler**, Neukölln, Weichstraße 8, Aufgang 16.  
**Johannes Schneider**, Charlottenburg, Rosinenstraße 4.  
**Hermann Müller**, SO. 16, Engelauer 15.  
**Franz Schlemminger**, Weihenfer, Pistoriusstraße 24.

### Obmann der Preßkommission:

**Otto Franz**, N. 39, Nordufer 14.

### Obmann der Revisoren:

**Alex Pagels**, SW. 68, Lindenstraße 3.

### Vertretung der Frauen:

**Elfriede Rones**, Berlin-Baumjulenweg, Kießholzstraße 180.  
**Anna Schmitz**, R. 113, Bornholmer Straße 90.

### Vertreter der Jugendbewegung:

**Richard Bruns**, Neukölln, Friedelstraße 25, III.

### Obmann der Stadtvorstände und Gemeindevorstände:

**Emil Wagner**, N. 20, Pringensallee 46a.

### Revisoren:

**Kugust Schmidt**, SW. 61, Wärmelstraße 42.  
**Hermann Reiner**, SO. 36, Mariannenplatz 23.  
**Emil Böde**, Neukölln, Schiefstraße 18.  
**F. Rajante**, N. 20, Panstraße 49.  
**Alex Pagels**, SW. 68, Lindenstraße 3.

### Preßkommission:

**Kugust Tacteron**, S. 14, Sebastianstraße 37/38.  
**Fritz Kunze**, S. 14, Urbanstraße 47.  
**Julius Neher**, NO. 55, Kurische Straße 12.  
**Arthur Schulz**, W. 35, Körnerstraße 6.  
**Kugust Schmidt**, S. 14, Wollstraße 74/75.  
**Adolf Ritter**, SO. 16, Engelauer 15.  
**Michael Käufer**, O. 23, Gubener Straße 49.  
**Karl Schröder**, O. 34, Rigaer Straße 100.  
**Hermann Puhseffisch**, NO. 55, Wismstraße 17.  
**Hermann Laffer**, N. 24, Krausnickstraße 9.  
**Otto Franz**, N. 39, Nordufer 14.  
**Kurt Dehne**, N. 20, Kolberger Straße 14.  
**Fritz Weis**, Köpenick, Jägerstraße 3.  
**Reinhold Küter**, Köpenick, Ebersstraße 70.  
**Adolf Domnitz**, Buchholz, Kaffeehäuser Straße 109.  
**Karl Gebide**, Niederschönhausen, Waldowstraße 3, II.

Das Sekretariat der Bezirksorganisation Groß-Berlin befindet sich:

**Berlin SW 68, Lindenstr. 3,  
2. Hof, 3. Treppe.**

Alle Briefe und Geldsendungen sind zu richten an  
**Theodor Fischer,  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Treppe.**

### Vorsitzende und Kassierer der sozialdemokratischen Vereine.

#### Berlin I:

Vorsitzender: **Franz Lucht**, SW. 68, Lindenstraße 2.  
Kassierer: **Roz Polzmann**, SW. 29, Solmsstraße 24.

#### Berlin II:

Vorsitzender: **Heinrich Schröder**, SW. 47, Vogelberger Straße 54.  
Kassierer: **Kugust Schmidt**, SW. 61, Wärmelstraße 42.

#### Berlin III:

Vorsitzender: **Kugust Pöhl**, SO. 26, Raunstraße 30.  
Kassierer: **Georg Feldmann**, SW. 68, Lindenstraße 2.

#### Berlin IV:

Vorsitzender: **Karl Klingler**, O. 34, Gubener Straße 49.  
Kassierer: **Alban Beller**, O. 17, Perchustrasse 1.

#### Berlin V:

Vorsitzender: **Otto Weis**, SW. 68, Lindenstraße 3.  
Kassierer: **Karl Glasbagen**, NO. 55, Roabstraße 8.

#### Berlin VI:

Vorsitzender: **Kugust Pöhl**, R. 39, Müllerstraße 100.  
Kassierer: **Heinrich Umlauf**, NW. 5, Putzstraße 17.

#### Teltow-Verckow:

Vorsitzender: **Franz Thurow**, Neukölln, Weiserstraße 11.  
Kassierer: **Alex Pagels**, SW. 68, Lindenstraße 3.  
Sekretär: **Roz Groger**, SW. 68, Lindenstraße 3.

#### Niederbarnim:

Vorsitzender: **Hermann Müller**, Lichtenberg, Erpischstraße 34.  
Kassierer: **Franz Schlemminger**, Weihenfer, Pistoriusstraße 24.

### Heute, Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlungen und Zusammenkünfte:

#### Berlin I.

Bei **Glaue**, Kommandantenstraße 88.

#### Berlin II.

1. und 2. Abteilung Westen bei **Schneider**, Winterfeldtstr. 8 (Ede Probenstraße).  
3. und 4. Abteilung Südwesten, Lindenstraße 3, 2. Hof links III.  
5. Abteilung Südwesten bei **Mann**, Hornstraße 2.  
6. Abteilung Südwesten bei **Thormann**, Weisenaustr. 30.  
7. und 8. Abteilung Süden bei **Reim**, Urbanstraße 29.

#### Berlin III.

Im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 15.

#### Berlin IV.

**Petersburger Viertel** im Lokal von **Karl Kühn**, Schreinerstr. 58.  
**Stralauer Viertel** bei **Schwirtz** A. Ras, Warschauer Straße 57.  
**Frankfurter Viertel** bei **Beiter**, Weiberstr. 17.  
**Randolber Viertel** bei **Bogel**, Guelandstraße 14.  
**Görlicher Viertel** bei **Daus**, Rauher Straße 46.

#### Berlin V.

In **Siemunds Festhale**, Liniestraße 8 und Joststraße 4.

#### Berlin VI.

1. u. 2. Abt. bei **Dobroslaw**, Swinemünder Straße 11.  
3. u. 7. Abt. bei **Bogans**, Gaudystr. 3.  
4. u. 5. Abt. bei **Blessin**, Stargarder Straße 3.  
6. Abt. bei **Welschmibi**, Stolpische Straße 35.  
8. Abt. bei **Hoffmann**, Swinemünder Straße 47.  
9. Abt. bei **Obigla**, Stralunder Straße 11.  
10. Abt. bei **Garus**, Kollstraße 37.  
11. Abt. bei **Spiegel**, Adlerstraße 1.  
12. u. 15. Abt. bei **Reuter**, Wickenstraße 29a.  
13. u. 14. Abt. bei **Wöhler**, Waldstr. 31.  
16. u. 17. Abt. bei **Schäpe**, Lindomer Straße 36.  
18. u. 19. Abt. im „Schwedenzell“, Schweden- und Egerzierstr.-Ede.  
20. Abt. bei **Fuchs**, Weidingerstraße 5.  
21. u. 22. Abt. bei **Lewandowski**, Seestraße 104.

#### Teltow-Verckow.

**Bohdorf** bei **Gradow**, Am Bahnhof.

**Brin** bei **Bahr**, Werderstraße 37.

**Charlottenburg** im **Vollshaus**, Rosinenstr. 4.

**Friedenau** bei **Schulz**, Wiesbadener Straße 78.

**Köpenick** bei **Müller**, Alter Markt 8.

**Pariandorf** bei **Sch**, Chausseestraße 44.

**Neukölln**: 1. bis 4. Bezirk bei **Schulz**, Neuterstraße 47, Ede Lenaustraße; 5. u. 6. Bezirk bei **S. Schittler**, Reichelstraße 5, Ede Donaustraße; 7. bis 9. Bezirk bei **Rob. Jden**, Boddinstraße 58, Ede Hradstraße; 11. Bezirk im **Turnerheim**, Böhmische Straße 13; 10. u. 12. Bezirk bei **Kulusch**, Wippstraße 1; 13. bis 17. Bezirk bei **Job. Gentel**, Hermannstraße 175, Ede Thomaststraße; 18. bis 20. Bezirk bei **Ed. Ragnow**, Pringensallee-Straße 69; 21. bis 24. Bezirk bei **Herm. Grunischel**, Herrfurthstraße 27.

**Schöneberg**: 1. Bezirk: **Paul Witte**, Kollendorferstraße 16; 2. und 3. Bezirk: **Folger**, Aufhäuserstraße 16; 4. Bezirk: **Karl Gentel**, Reiminger Straße 8; 5. Bezirk: **Brack**, Wühlstraße 19/20; 6. Bezirk: **Gottlieb Groß**, Sebanstraße 17, und **Paul Lehmann**, Sebanstraße 53; 10. Bezirk: **Paul Rathmann**, Tempelhofer Straße 18a; 11. Bezirk: **Lehmann**, Vegasstraße 1.

**Steglich** bei **Glement**, Düppelstraße 7.

**Tempelhof** bei **Hedemann**, Kaiser-Wilhelm-Str., Ede Werderstr.

**Trepow-Baumjulenweg** bei **Ringelauer**, Gröckstraße 1.

**Wibau-Königsuferhausen**, Mitgliederversammlung abends 8 Uhr im „Wibauer Hof“ bei **Schumann**, Vortrag.

#### Niederbarnim.

**Frederiksdorf-Petershagen** bei **Oskar Kirchner** in Frederiksdorf.

**Lichtenberg** bei **Schmann** (Kerns Festhale), Türschmidtstraße 45, Ede Goethestraße.

**Oberschöneweide** bei **Kadewitz**, Saufener Straße 5.

**Reinickendorf-Oh** bei **Döschner**, Residenzstraße 50.

**Weihenfer** bei **Stärke**, Charlottenburger, Ede Loffstraße.

In allen Versammlungen und Zusammenkünften werden Vorträge gehalten und Beiträge entgegengenommen.

# Groß-Berlin

## Schweres Schnellbahnunglück am Prenzlauer Tor. 30 Personen verletzt, darunter mehrere Stadtverordnete.

Am Dienstagabend um 5 Uhr fuhren zwei Züge der Schnellbahn Schönhauser Allee—Alexanderplatz in der Nähe des Prenzlauer Tors aufeinander. Dabei wurden etwa dreißig Personen verletzt, angeblich eine schwer und die übrigen nur leicht. Unter den Verletzten befinden sich auch Stadtverordnete, darunter der Stadtverordnete **Koblenzer**, dieser hat eine Stirnwunde an der rechten Schläfe erlitten. Von einem Augenzeugen wird uns berichtet, daß der Zug, der kurz nach 5 Uhr den Bahnhof Schönhauser Tor verlassen hat, plötzlich auf der Strecke vor dem Prenzlauer Tor halten mußte. Der folgende Zug fuhr dann auf diesen haltenden Zug auf. Die Fahrgäste in dem letzten Wagen wurden zum größten Teil verletzt. Die Beamten waren leider diesem Unfall gegenüber vollständig schlaflos. Erst nach einer halben Stunde konnten die Fahrgäste der beiden Züge, nachdem Fadeln herbeigeschafft worden waren, nach dem Bahnhof Alexanderplatz geleitet werden. Von der Betriebsleitung war verabreimt worden, sofort den Verband für Erste Hilfe und die Feuerwehr zu alarmieren. Etwas dreißig Personen wurden von dem ärztlichen Verband für Erste Hilfe verbunden, vier auf der Unfallstation und zahlreiche andere, darunter auch verschiedene Stadtverordnete, begaben sich in ärztliche Behandlung. Die Ursache des Zusammenstoßes soll angeblich durch einen Defekt in der Kabelleitung verursacht worden sein. Die Betriebsleitung zwischen dem Bahnhof Spittelmarkt und Schönhauser Allee dauerte bis spät abends.

Die Hochbahngesellschaft Berlin verbreitet über das Unglück am Bahnhof Alexanderplatz folgende Darstellung:

Heute abend gegen 4 1/2 Uhr ereignete sich auf der Untergrundbahn kurz vor der Einfahrt zum Bahnhof Alexanderplatz ein Betriebsunfall, bei dem bedauerlicherweise auch Fahrgäste zu Schaden gekommen sind.

Ein von Nordring kommender Zug war kurz vor der Einfahrt zum Bahnhof Alexanderplatz schadhast geworden und zum Halten gekommen. Die beiden nachfolgenden Züge rückten vorschriftsmäßig auf, der Führer des vierten Zuges, der entgegen der Vorschrift die Geschwindigkeit nicht genügend vermindert hatte, fuhr auf den letzten Zug auf, wodurch einige Wagen erheblich beschädigt wurden. Hierbei wurden etwa 20 Personen hauptsächlich durch Glassplitter leicht verletzt; außerdem erlitt eine Frau schwerere Schnittwunden am Kopf, eine andere zog sich beim Herauspringen aus dem Wagen eine Fußverletzung zu; beide wurden in ein Krankenhaus geschafft. Die übrigen Leichtverletzten wurden auf dem Bahnhof selbst verbunden und konnten sich ohne fremde Hilfe entfernen.

Der Betrieb wurde auf der ganzen Strecke Spittelmarkt—Nordring unterbrochen, auf der Teilstrecke Spittelmarkt—Alexanderplatz konnte er um 7,40 Uhr wieder aufgenommen werden.

Einem weiteren Bericht entnehmen wir, daß nur zwei Personen schwer verletzt wurden, und zwar eine Kontoristin **Margarete Sommer** aus der Neher Straße 2 und ein Fräulein **Johna Dombravski** aus der Christinenstraße 38. Während die weniger Schwerverletzten sich auf den nächsten Rettungswagen verbinden ließen, um dann ihre Wohnung aufzusuchen, mußten die Genannten in das Krankenhaus gebracht werden.

### Der Stettiner Bahnhof

soß dem wachsenden Verkehr entsprechend ausgebaut und erweitert werden. Besondere Umstände und Zeitverluste verursacht die Bildung und das Abstellen der Personenzüge. Für die dazu erforderlichen Auf- und Abstellgleise wird ein besonderer Abstellbahnhof auf einem Gelände südlich vom Bahnhof Gesundbrunnen errichtet. Ferner ist zur Erweiterung des Zu- und Abflusses der Züge ein neues Ausziehgleis auf der Ostseite des Bahnhofs in Aussicht genommen. In der „Verkehrstechnischen Woche“ kommt Ministerialdirektor a. D. Dr.-Ing. **Schroeder** zu folgendem Schluß, der für die Gestaltung der Groß-Berliner Schnellbahnen von Bedeutung ist: „Die geplanten Erweiterungen der Anlagen für den Vorortverkehr durch Verdoppelung der Bahnhofsanlagen und Schaffung einer Restanlage auf dem Vorortbahnhof in Gesundbrunnen werden die Leistungsfähigkeit der nördlichen Vorortbahnen wesentlich erhöhen. Daß sie für die Dauer genügen werden, wird wohl nicht angenommen. Dazu wäre noch eine Umgestaltung des Vorortbahnhofes in Berlin und die Schaffung eines Abstellbahnhofes für den Vorortpersonenverkehr erforderlich. Da die Vorortstrecke der Nordbahn bereits mit der Abzweigung nach Tegel belastet ist, würde wohl der Abstellbahnhof an der Vorortbahn nach Bernau, etwa östlich von Pantow und Niederschönhausen, anzulegen sein. Dort könnte er vielleicht den Anschluß bilden für eine neue Vorortbahn im Sinne der Vorschläge des Professor Dr.-Ing. **Wiese**, die er in seinem Vortrage im Verein für Eisenbahnkunde am 10. Oktober 1916 und in seinem Werke „Schnellstraßenbahnen“ gemacht hat.“

### Berliner Lebensmittelnachrichten.

Vom 12. bis 16. Mai findet eine Neueintagung zur Kundenliste für Kartoffeln statt. Bei dieser Gelegenheit ist auch ein Wechsel in der Person des Kleinhändlers zulässig. Die Anmeldung zur Kundenliste erfolgt diesmal gegen Uebergabe des an jeder neuen Kartoffelkarte befindlichen Anmeldebahnschnittes, auf dem Name und Wohnung des Anmeldenden vor Abgabe an den Kleinhändler sorgfältig auszufüllen ist. Ueber die vollzogene Eintragung in die Kundenliste erhält jeder Kunde vom Kleinhändler eine Bescheinigung. Die Kartoffelkleinhändler haben sich das erforderliche Material am 10. oder spätestens 11. Mai von ihrer Protokollkommission abzuholen. Schank- und Speisewirtschaften haben ebenfalls in der genannten Frist ihren Bedarf zur Kundenliste anzumelden, soweit sie ihre Kartoffeln vom Kleinhändler beziehen. Die alten Kundenlisten behalten solange ihre Gültigkeit, bis durch besondere Veröffentlichung des Magistrats der Verkauf auf Grund der neuen Kundenlisten zugelassen wird.

### Aus der Tätigkeit des Gewerbegerichts Berlin.

Das Gewerbegericht Berlin hatte im Jahre 1915/16, aus dem jetzt der Jahresbericht vorliegt, wieder eine Minderung der Klagen. Der Rückgang war aber bei weitem nicht mehr so stark, wie er im vorhergehenden Jahr gewesen war. In 1913/14, 1914/15, 1915/16 wurden 12 003, 10 063, 9090 Klagen gezählt, mithin belief sich das Weniger für das vorliegende Jahr auf 2550, für das letzte auf nur noch 303. Die Verteilung auf die einzelnen Kammern ergab im letzten Jahr eine Mehrung bei den für die Rüstungsbetriebe in Betracht kommenden Kammern, eine um so stärkere Minderung bei den Kammern anderer Gewerbegruppen. Vom vorliegenden zum letzten Jahr mehrten sich die Klagen besonders in der Kammer „Metallindustrie“ von 1142 auf 1772, ferner in „Schneiderei und Häherei“ von 2617 auf 3046 und in „Textil- und Lederindustrie“ von 966 auf 1059. Dagegen minderten sie sich in allen übrigen Kammern, in „Baugewerbe“ von 688 auf 488, in „Holz- und Schnitzstoffe“ von 379 auf 257, in „Nahrung, Weibergewerbe, Erziehung“ von 2014 auf 1876, in „Handel und Verkehr“ von 1300 auf 1011, in „Allgemein“ von 947 auf 651. Aus den Angaben über die Art der Klagen-erledigung sei nur erwähnt, daß durch Vergleich im letzten

Jahr nur 2949 Klagen, gegenüber 3682 im vorliegenden Jahr, beendet wurden. Bei den Arbeitnehmerklagen haben die der weiblichen Personen recht erheblich zugenommen. Solche Klagen wurden gezählt im vorliegenden Jahr unter 9900 Arbeitnehmerklagen 2891 (29 Proz.), im letzten Jahre unter 9452 Arbeitnehmerklagen 3184 (annähernd 34 Proz.).

Ein brüderliches Einbrecher-Viertel, das den Familiennamen Gräber führt und in Hellern reiche Beute an allerhand Lebensmitteln, namentlich Kartoffeln und Kleintvieh gemacht hat, ist durch die Neuföhner Kriminalpolizei verhaftet worden.

Eine Berliner Beratungsstelle für Jugendförderung wird in städtischen Räumen eröffnet werden. Die Beratungsstelle wird Rat und Unterstützung nach folgenden Richtungen vermitteln: Ernährung, Bewegungsgelände, Ferienholung und Ferienaufsicht, Kleidung, Familienanruf bei häuslichen Missverhältnissen, Anstoß an Jugendvereinigungen, Wahl der Schulgattung und des Berufs, freiwilligen Sonderunterricht in nicht zwingend schulischen Fächern, wie Bürgerkunde, Kunst- und Musikstudien, sowie Beschaffung von Büchern für minderbemittelte, besonders bildungsbedürftige Schüler. Die Leitung der Beratungsstelle übernimmt Direktor Franz Silberbrand, Wabstr. 22. Näheres wird feinerzeit bekanntgegeben werden.

Der Einberufungsausschuss zum vaterländischen Hilfsdienst für den Bereich der Bezirkskommandos I bis VI (umfassend die Städte Berlin, Lichtenberg, Schöneberg, Bilmersdorf, Charlottenburg, Neukölln, Eberswalde und die Kreise Teltow, Ober- und Niederbarnim, weist nachfolgendes darauf hin, daß alle bisher von der Meldepflicht betroffenen Hilfsdienstpflichtigen sowie diejenigen Hilfsdienstpflichtigen, die sich bis zum 1. 4. 17 gemeldet haben, jeden Wechsel der Arbeitsstelle und Wohnung innerhalb drei Tagen melden müssen. Die Meldungen haben von jetzt ab auf roten Karten zu erfolgen, die bei allen Postanstalten, Polizeirevierern, Kreis- und Gemeindevorständen zu beziehen sind. Für alle Meldungen der Arbeitgeber sind im Zukunft ebenfalls nur noch die roten Karten zu benutzen. Die Benutzung anderer Karten ist unzulässig. Mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 600 M. wird bestraft, wer bei der Meldung wesentlich unwahre Angaben macht. Mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft wird bestraft, wer die vorgeschriebenen Meldungen schuldhaft unterläßt.

Gestellung von Privatfuhrwerken. Die Transportzentrale des Oberkommandos teilt mit, daß sie jetzt in größerem Umfange als früher in der Lage ist, dem Publikum durch Gestellung von Privatfuhrwerken auszubelfen. Während die Nachfrage nach Zweispännern recht reger ist, werden Einspänner, die der Transportzentrale in erheblicher Anzahl zur Verfügung stehen, verhältnismäßig wenig verlangt. Mit Einspännern können Lasten bis 25 Zentner befördert werden. Zweispänner kosten für die zehnstündige Arbeitszeit einschließlich Aufseher 48 M., Einspänner 33 M. Anträge auf Fuhrwerksgestellung sind bei der Transportzentrale, Dorotheenstr. 8, einzureichen.

Ein neuer Fräztag Eberswalde-Berlin wird vom 1. Juni ab zur Beförderung der Arbeiter nach Berlin eingelegt werden. Er verläßt Eberswalde um 4.41 Uhr morgens und trifft auf dem Stettiner Bahnhof um 6 Uhr ein.

Der Arbeiter-Zamariterbund, Kolonne Groß-Berlin, veranstaltete am letzten Sonntag einen allgemeinen Ausflug mit Transportübung in den Bergen beim alten Freund zu Wickselwerder bei Spandau, welche von 25 Mitgliedern und 3 Teilnehmern und zirka 30 Gästen ohne Kinder besucht war.

Turnverein Fichte. Die sportlichen Wettkämpfe ergaben folgende Resultate: 1. Juppe, 14. Abt., 95 Pkt., 2. Schmidt, 12. Abt., 92 Pkt., 3. Braun, 18. Abt., 89 Pkt., 4. Przychodowski, 5. Abt., 86 Pkt., 5. Stormann, 8. Abt., 82 Pkt. Stafettenläufe: 5 x 100, 1. 7. Abt. 1 Min. 11", 2. 2. Abt. 1 Min. 12 Sek., 10. Abt. bruchbreit zurück. 1000 Meter-Lauf: 1. Haberer, 13. Abt., 3 Min. 9 Sek., 2. Joll, 13. Abt., 3 Min. 12 Sek., 3. Kohl, 10. Abt., 3 Min. 14", 4. Sel. Fußballspiel: 7. bis 17. Abt. 3:0.

„Wohltätig ist des Fuers Nacht.“ Bei einem Brande, der Dienstag früh im ersten Stock des Hauses Mantuffelstraße 20 ausbrach und bei dem leider einige Einwohner in Lebensgefahr gerieten, wurden in einer Kammer, die als Vorratsraum und Werkstatt diente, größere Mengen Schinken und Speck aufgefunden und als unversehrte Vereinerung unserer Massenimpfung von der Polizei beschlagnahmt.

Käufliches Verschwinden eines jungen Mädchens. Die fünfzehn Jahre alte Charlotte Lamfried, Tochter eines Kraftwagenführers aus der Choriner Str. 33, ging am letzten Donnerstag abends von Hause weg, um den Züherunterricht zu besuchen. Sie erschien aber nicht in der Stunde und ließ auch nichts mehr von sich hören. Ermittlungen ergaben, daß sich die Vermisste an einer anderen Stelle 10 M. geliehen hat und dann mit der Straßenbahn nach Regal gefahren ist. Am nächsten Morgen fand man an der Unfallstelle in der Havel ein Jackett und eine Handtasche, die der 2. gehörte. Was mit ihr geschehen ist, weiß man noch nicht.

Das unbekannte „Dienstmädchen“, das, wie wir berichteten, am vorigen Mittwoch auf die Kaufmannsfrau Lehmann in der Hansastr. 3 einen Raubüberfall verübte und dann entflohen war, ist jetzt als eine 23jährige Frau Luise Jeterik in Wittenberge festgestellt und verhaftet worden.

Schöneberg. Aus der Stadtverordnetenversammlung. Erhöhung der Teuerungszulagen und Prüfung der Löhne der Kriegshilfsarbeiter, die mit 3 M. bis 3,50 M. beginnen, so lautete die neue Vorlage des Magistrats über Teuerungszulagen. Bürgermeister Blankestein führte begründend aus, daß den Verhältnissen entsprechend eine Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen stattfinden müsse und auch die Grenze über 6000 M. bis auf 9000 M. erhöht werden solle. Für die Kriegshilfsarbeiter soll eine Prüfung der Löhne vorgenommen werden. Genosse Rohs erklärte, daß wiederholt über Teuerungszulagen beraten werden mußte, aber leider nicht mit dem gewünschten Erfolg. Die Vorlagen erfassen niemals die wirklich Bedürftigen, sondern stets die im günstigen Gehalt stehenden, das beweist die 9000-M.-Grenze. Vor allem sollten allgemeine Erhöhungen für die Hilfsarbeiter vorgenommen werden. Es bestehe die Gefahr, bei der jetzigen geringen Entlohnung geeignete Arbeitskräfte nicht zu bekommen. Andere kleinere Gemeinden wären Schöneberg bei weitem voraus. Die Vorlage sei zur besseren Durchsetzung einem Ausschuss zu überweisen. Bürgermeister Blankestein entgegnete, daß die Teuerung sich auch in den oberen Schichtklassen sehr bemerkbar macht. Als grundlegend für die Gewährung von Teuerungszulagen gelten die staatlichen Sätze, dem sollten sich die Gemeinden anpassen. Jodel (Lib. Fr.) erklärt, die Vorlage sei bevölkerungspolitisch sehr gut durchdacht und die Liberale Fraktion würde derselben glatt zustimmen. Es handele sich um Befreiung der Arbeiter und Beamten nach den staatlichen Sätzen, denen auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion zugestimmt habe. Genosse Rüter wünschte, daß der Bürgermeister mitteilt, ob vor den Ferien eine Magistratsvorlage über Erhöhung der Hilfsarbeiterlöhne unterbreitet werde. Bürgermeister Blankestein erklärte, eine Vorlage erscheine überhaupt nicht. Genosse Müller bedauerte dies, denn dann seien diese Arbeitskräfte in der Entlohnung der Billig einzelner Personen ausgeföhrt. Wohl haben Erhöhungen für Einzelpersonen stattgefunden, die besondere Stellen bekleiden, aber im Durchschnitt sind die Erhöhungen über 375 bis 450 M. nicht hinausgekommen. Auch wäre es wünschenswert, daß die Abgangszeugnisse so ausgeföhrt werden, daß der Betreffende in seinem weiteren Fortkommen nicht behindert wird, wie es leider wiederholt geschehen und auch im Ausschuss von sozialdemokratischer Seite zur Sprache gebracht worden sei. Die Zeugnisse wurden leider nicht abgeändert. Bürgermeister Blankestein erwiderte, die Löhne für Hilfsarbeiter seien bedeutend erhöht worden, erheblich mehr als die der Be-

amten. Die Zeugnisse könnten nicht geändert werden, denn es liege eigenes Verschulden der Betroffenen vor und man könne nicht jeden fassen und wahren lassen, wie er wolle. Genosse Rohs bemängelte die niedrige Vergütung der Kriegshilfskräfte und bringt einen Fall vor, wo einem Doktor der Philosophie ein Tagelohn von 3 Mark 30 Pfennige überwiesen wurde. Bei der Abstimmung lehnte die Liberale Fraktion es ab, die Vorlage einem Ausschuss zu überweisen. Sodann wurde einstimmig beschloffen: Es erhalten vom 1. April: Ledige mit einem Jahreseinkommen bis zu 3100 M. pro Monat 10 M. Teuerungszulage, Verheiratete ohne Kinder bis 3100 M. 15 M., bis 6100 M. 12 M., Verheiratete mit einem Kinde bis 3100 M. 27 M., bis 6100 M. 12 M., mit zwei Kindern bis 3100 M. 40 M., bis 6100 M. 35 M., bis 9100 M. 10 M., mit drei Kindern bis 3100 M. 54 M., bis 6100 M. 48 M., bis 9100 M. 33 M., mit vier Kindern bis 3100 M. 69 M., bis 6100 M. 62 M., bis 9100 M. 46 M., mit fünf Kindern bis 3100 M. 85 M., bis 6100 M. 77 M., bis 9100 M. 60 M. Für jedes weitere Kind erhöht sich die Steigerung in allen drei Gruppen jedesmal um 1 M. Die Kleinrentner erhalten einen Lohnzuschlag von 10 Pf. für die Arbeitsstunde. Bei den in Naturalversorgung des Auguste-Viktoria-Krankenhauses und des Alters- und Pflegeheims in Deutsch-Weiterhausen stehenden Personen erhalten die Ledigen ein Drittel und die Verheirateten die Hälfte der angegebenen Sätze. In die Deputation für Beschaffung von Brennmaterialien für die Bevölkerung wurden die Genossen Rohs und Kottländer gewählt.

Spandau. Städtische Lebensmittelversorgung. Von heute ab dürfen gegen Abtrennung von Feld 7 der Lebensmittelkarte 75 Gramm lose Suppen für 10 Pf. (Erbsuppe 12 Pf.) und gegen Abtrennung von Feld 8 zwei Suppenwürfel für je 10 Pf. verkauft werden. Gegen Abtrennung von Feld 12 der Lebensmittelkarte werden 125 Gramm Speisefleisch für 10 Pf. verkauft, gegen Abtrennung von Feld 5 sind noch Feigwaren in verschiedenen Geschäften zu haben.

Friedrichshagen. Lebensmittelverteilung. Heute gelangt auf Abschnitt G der Lebensmittelkarte ein halbes Pfund Graupen, ferner von B. bis 11. Mai auf Abschnitt F je ein halbes Pfund Kunsthonig zum Preise von 28 Pf. zur Verteilung. Die Ausgabe geschieht in den Geschäften auf Grund der allgemeinen Kundenlisten.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Kaulsdorf. Die Mitgliederversammlung findet Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Gampel, Sönewer Str. 5, mit nachstehender Tagesordnung statt: 1. Bericht vom Bezirkstage. 2. Sonstige Berichte. 3. Die Lebensmittelversorgung der Gemeinde. 4. Verschiedenes. — Die „Vorwärts“-Leser sind zu der Versammlung freundlichst eingeladen.

## Soziales.

### Förderung der Bantätigkeit.

Trotz der heißen Kämpfe jetzt müssen doch, wie allgemein anerkannt, schon immer gewisse Vorbereitungen für die mit Eintritt des Friedens dringlichsten Aufgaben getroffen werden. Nach fast allgemeiner Ueberzeugung besteht für die Zeit nach Friedensschluß, wenigstens an zahlreichen Orten, die Gefahr einer großen Wohnungsnot und starken Mietsteigerung, und zu ihrer Verhütung wird dann eine allseitige umfassende Bantätigkeit, namentlich was die Kleinwohnungen anlangt, notwendig sein. Eine der wichtigsten Hindernisse aber, die einer solchen Bantätigkeit entgegenstehen, ist der durch die Kriegsverhältnisse geschaffene Mangel an Baumaterial sowie auch der hohe Preis desselben. Da darf nun darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Heeresverwaltung und wohl auch die Marineverwaltung in der Lage wären, hier wesentlich helfend einzugreifen. Sie verfügen über sehr viel Baumaterial, das für die Wohnungsbaubantätigkeit sehr geeignet wäre und das sie zum Teil schon jetzt, namentlich aber in Zukunft nach Friedensschluß nicht mehr brauchen. In den ausgebauten Schützengräben und Unterständen und ähnlichen militärischen Bauten befinden sich Holz, Eisen, Zement usw. in großer Menge, ferner erhalten aber auch die militärischen Barackenlager, die früher oder später zum Abbruch kommen werden, namentlich die für die Gelagerten, große Mengen von Baumaterial. Diese Materialmassen sollte die Heeresverwaltung soweit möglich schon jetzt, sonst aber wenigstens gleich nach Friedensschluß der Bantätigkeit, namentlich der zur Errichtung von Kleinwohnungen, zur Verfügung stellen und zwar zu billigen Preisen, nötigenfalls auch umsonst, um der aus mannigfachen Gründen zu erwartenden starken Verteuerung des Bauens entgegenzuwirken. Das wäre eine sehr wichtige Befähigung von Wohnungsnot und Wohnungssteuerung! Vollständig unerlässlich hierbei wäre aber, den richtigen Weg für dieses Vorgehen zu finden. Es müßte sorgfältig dafür Vorkehrungen getroffen werden, daß dieses militärische Material zugeführt wird, die es direkt zur Bedarfsbefriedigung verwenden und zwar nach aller Möglichkeit benutzenden Stellen, die den dringendsten Bedarf haben. Ferner müßte unbedingt Sicherheit dafür geschaffen werden, daß die Endpreise, zu denen der Bevölkerung dieses militärische Material zugeführt wird, den von der Heeresverwaltung zu stellenden billigen Bedingungen entsprechen und daß nicht etwa von den Zwischenstellen ein ungehörlicher Aufschlag genommen wird. Es leuchtet ein, daß hierin wohl vor allem die Gemeinden, die Gemeindeverbände und die gemeinnützige Bantätigkeit die geeigneten Stellen zur Uebernahme und Verwertung des Materials sein würden. Am besten würde eine planmäßige Regelung der ganzen wichtigen Frage zwischen der Heeresverwaltung einerseits und dem Reichsamt des Innern oder auch den einzelnen Bundesstaaten andererseits stattfinden. Jedenfalls aber sollten sich die einzelnen Kommunalverwaltungen und ihre Verbände, die gemeinnützigen Bauunternehmungen und die Vertreter der Wohnungsreform jetzt schon ohne Verzug um diese ganze Angelegenheit kümmern. Aber auch noch in anderer Weise muß der Zukunft vorgearbeitet werden. In einem recht beachtenswerten Artikel über die Wohnungsfrage und Uebergangswirtschaft fordert die Städtezeitung die Vereinfachung des Bauwesens und die Ausarbeitung der Baupläne für Kleinwohnungen. Namentlich auch die Frage der Geldbeschaffung müßte schon jetzt geregelt werden. Ebenso seien Vorkehrungen zu treffen, daß die Arbeitskräfte der Heimkehrenden sofort wieder nutzbar gemacht werden könnten. Das ist notwendig im Interesse der Gesundheitshaltung und Erhaltung des deutschen Volkes, als deren Grundbedingung die Befundung des Wohnungswesens angesehen werden muß.

### Von den §§ 402 und 532 der Reichsversicherungsordnung.

Gegen Arbeitgeber, die mit Ableitung der Krankenkassenbeiträge rückständig sind, und die in einem Zwangsbeitreibungsverfahren sich als zahlungsunfähig erwiesen haben, kann nach § 398 der Reichsversicherungsordnung angeordnet werden, daß sie nur ihren Beitragsteil an die Kasse zahlen. Die von ihnen beschlagnahmten Vermögensgegenstände haben dann ihren Beitragsteil an den Zahlungselbst zu zahlen. — Dazu bestimmt dann § 402: „Solange für Arbeitgeber, die sich im Zahlungsbeitreibungsverfahren sich als zahlungsunfähig erwiesen haben, die Anordnung (gemäß § 398) nicht getroffen ist, haben sie die Lohnabzüge (für die Krankenkasse) zu machen und den Betrag spätestens binnen drei Tagen an die berechnete Kasse abzuführen.“ Die Strafbestimmung hierzu enthält § 532. Nach straflosiger Zwangsvollstreckung war der Kaufmann D. auf den § 402 hingewiesen worden. Demnach wurde er vom Landgericht in Berlin zu einer Geldstrafe wegen Uebertretung der §§ 402 und 532 der R.-V.-O. verurteilt, weil er trotzdem einige Male die Beitragsteile des in Frage kommenden Dienstmädchens ihr nicht vom Lohn abgezogen und die Beiträge nicht innerhalb drei Tagen an die Krankenkasse abgeführt worden seien.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Auch eine Verurteilung auf Grund des § 532 der R.-V.-O. erfordert ein vorläufiges Handeln. Der Betreffende mußte sich seiner Pflicht aus § 402 bewußt gewesen sein und seine Nachlässigkeit mußte auf Vorsatz beruhen. Mit dem Verweise das Landgericht an, daß auch ein bedingter Vorsatz (Eventualdolus) genüge. Es sei auch kein Rechtsirrturn, wenn das Landgericht einen Eventualdolus darin sehe, daß der Angeklagte die Regelung der ganzen Angelegenheit seiner verantwortlichen und mit wenig Geldmitteln versehenen Frau überlassen habe in dem Bewußtsein, möge die Sache laufen, wie sie wolle. Gleichwohl hätte die Vorsatzbeurteilung nicht aufrecht erhalten werden können, weil die tatsächlichen Feststellungen noch Mängel zeigten.

## Gerichtszeitung.

Ein schlau ausgekommener Plan, sich in den Besitz einer großen Zahl von Lebensmittelkarten zu setzen, ist dem Preiserbe Hans Krüger in Neuföhren durch Zufall bereitet worden. Der Wirt, bei dem er wohnte, ist Besitzer zweier Häuser mit etwa vierzig Mietern. Am 12. März erwichen ein Purche in der zuständigen Protokommision und überreichte einen mit der gefälschten Unterschrift des Hauswirts versehenen Zettel, durch welchen um die Ausföhndung der für seine sämtlichen Mieter bestimmten Lebensmittelkarten ersucht wurde. Zufällig betrat zu gleicher Zeit der Sohn des Hauswirts die Räume und bat um die Karten. Man machte dann ein Bündel zurecht, übergab dieses dem Purche zur Verforgung an seinen Auftraggeber und als der Angeklagte das Paket in Empfang nehmen wollte, wurde er verhaftet. Da er schon mehrfach vorbestraft ist, wurde er wegen Urkundenfälschung und Betrugsversuchs zu ein Jahr ein Monat Zuchthaus und 50 M. Geldstrafe verurteilt.

## Aus aller Welt.

Herrgott und Hindenburg. In der „Zeitung der 10. Armee“, die in Wina erscheint, ruft der Hauptmann d. R. Kurt Tinter in sieben gereimten Strophen Herrgott und Hindenburg an, damit Deutschland Flandern, Longwy-Frieg und Kurland behalten dürfe. 3. 2.

Zum Herrgott und Hindenburg wollen wir rufen, daß wir behalten die ehernen Stulen, die sie uns schlugen ins Lothringer Land: Für Erz und Kohlen ein Unterpand!

Der Stadtreim „Herrgott und Hindenburg“ wiederholt sich in jeder Strophe, so daß man sich schließlich erkantet fragt: Obi es denn in den Manalisten der 10. preussischen Armee gar nicht da-a-wi-schen? Und außerdem, ist es richtig, wenn eine Armeezeitung für die Kriegsziele einer bestimmten Richtung einseitig Partei ergreift?

Arbeiter-Zamariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Letzte Woche haben abends 8 1/2 Uhr: 1. bis 6. Abteilung Montag, den 14. Mai, Adenider Str. 62, Vortrag, nach demselben praktische Verbundübungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

## Briefkasten der Redaktion.

Vorwort. 1. Rom. Teuerliche Auskunftsstellen kennen wir nicht. — A. S. 1490. Nein, dazu sind noch andere Materialien erforderlich, die aber zuerst der Beschlagnahme unterliegen. — Wehrlein. Ptegerin. Schwereinrichtungen bestehen an den städtischen Krankenheilern Kowitz und Birchow-Krankenhaus. Christliche Anmeldung zur Aufnahme als Schülerin bei der Direktion einer dieser beiden Anstalten. Höhere Schulbildung ist nicht erforderlich. — Wissenschaft. Eine erschöpfende Abhandlung darüber kann im Briefkasten nicht gegeben werden. Im vorliegenden annehmen dieselben bei Paulus hiesiger Gasse. — A. S. 2. In dieser Sache wenden Sie sich am besten an die Zentralkommission der Krankenheiler, Alexanderstr. 30-40. — A. S. 25. An die Direktion des Schopenhauer-Krankenheiles oder des städtischen Krankenheiles Kowitz. Höhere Schulbildung ist nicht erforderlich. Lehrgeld auch nicht, sondern es gibt im Gegenteil noch ein monatliches Taschengeld von 10-15 M. bei freier Wohnung, Befestigung und Kleidung. Nur Wäsche ist mitzubringen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zunächst mild, überiegend bewölkt mit leichten, nur im Südwesten härteren Regenfällen; später langsam aufklaarend und wieder etwas kühler.

**Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker**  
Berlins und Umgegend.  
Den Mitgliedern die Trauer-nachricht, daß unser Kollege  
**Georg Waltershoffen**  
nach schwerem Leiden im Alter von 49 Jahren verstorben ist.  
Ghre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Donnerst., den 10. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Neuföhner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Im zahlreiche Beteiligung erucht  
29/11 **Der Vorstand.**

**Kranken- und Begräbniskasse der Seiffensieder u. Berufsgenoss.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser altes Mitglied  
**Gustav Seidel**  
verstorben ist.  
Ghre seinem Andenken!  
Die Beerdigung ist am Donnerstag, den 10. Mai, nachmittags 5 Uhr, auf dem neuen Neuföhner-Friedhof.  
29/12 **Der Vorstand.**

Am Sonnabend, den 5. Mai, verstarb nach schwerem Leiden unser Kollege, der Stereotypen- und Galvanoplastiker  
**Georg Waltershoffen**  
im Alter von 49 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken be-wahren ihm  
**Die Verbandskollegen der Buchdruckeri Liebheit u. Thiesch.**  
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 10. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Neuföhner-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 29/9

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 11. April 1917 mein lieber, unvergesslicher Mann, Vater meines einzigen Söhnchens, unser Sohn und Bruder, der Schloffer  
**Gustav Neumann**  
Offiziersleutnant  
Inf.-Reg. Graf Laurenz Nr. 20  
J. Bat., 3. B.-B.-M.  
geboren am 9. Mai 1855.  
Es ist zu schmer, es zu verlieren. Daß wir uns nicht mehr wiedersehen.  
Du halt den Frieden, wir den Schmerz.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Ww. **Martha Neumann** als Wittwe nebst Töchtern **Gertrud**,  
Ww. **Berta Neumann** als Mutter.  
**Max**, zurzeit im Felde, als **Bruno**, j. Bruder.  
Hieber Vater, schlaf in Frieden, Deine Liebe deckt Dich zu.  
Dein liebes Tz u d u e n.

**Schmerzliches Gedenken**  
zum Erbelage unseres lieben Schwagers, Bruders und Onkels, des Landsturmmannes 2946  
**Erich Reusch**  
Grenadier-Regt. Nr. 4, 1. Komp., gefallen am 8. Mai 1916, durch Granatschlag im blühenden Alter von 24 Jahren.  
Du warst so jung, Du hast so früh, Vergessen werden wir Dich nie.  
In traueriger Erinnerung  
**Familie Adolf Richter.**

**Daufjagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Frau, unserer guten Mutter  
**Berta Sonntag**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Walded Kanalle für die tröstlichen Worte am Sarge der Entschlenen, den Kollegen und Kolleginnen der Hima, Manoll, sowie den Tänzern unserer herzlichsten Dank.  
10/24  
**Adolf Sonntag**  
nebst Kindern.

Unser lieber Kollege  
**Marie Giersch**  
nebst Gatten  
am 10. Mai  
**Silbernen Hochzeit**  
die herzlichste Gratulation!  
Die Kolleginnen der Vorwärts-  
Spezial Müllerstr. 34a.

**Baugenossenschaft**  
„Ideal“  
eingetragene Genossenschaft mit be-  
schränkter Haftung.  
Dienstag, den 22. Mai 1917, abends  
pünktlich 8 Uhr:

**Generalversammlung**  
in der „Ideal-Kasse“, Reutbahn,  
Mareichstraße Nr. 14/16.

**Tagesordnung:**  
1. Geschäftsbericht (Halbjahresbericht).  
2. Berichterstattung des Vorstands des Bau-  
handwerkers.  
3. Die Steigerung der Kosten der  
Erziehung und Warmwasserer-  
zeugung.  
4. Ergänzungswahlen zum Auf-  
sichtsrat. 10/15

Der Vorstand  
der Baugenossenschaft „Ideal“  
E. M. S. S.  
Emil Wacht, Vorsitzender.

**Zentralverband der Zimmerer Deutschlands**  
Zahlstelle Berlin und Umgegend.

**Zahlstellen-Versammlung.**  
Donnerstag, den 10. Mai, abends präzis 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

**Tagesordnung:**  
1. Abrechnung vom ersten Quartal 1917. 2. Bericht und Berichter-  
stattung über das Ergebnis der neuen Tarifverhandlungen. 3. Wahl eines  
Delegierten zur Bauarbeiterkongress. 4. Bericht der Arbeitskommission.  
Das Erscheinen aller Bezirksdelegierten ist Pflicht.  
25/18

**Bringt Euern Goldschmud**  
den Goldankaufstellen!

**9. Preussisch-Süddeutsche**  
(235. Königl. Preuss.) Klassenlotterie  
5. Klasse 1. Ziehungstag 8. Mai 1917 Sonntag

Hat jede gezogene Nummer ein oder zwei gleich hohe  
Gewinne gefolgt, und zwar je einer auf die Zahl  
gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr W. St. N. f. S.) (Nachdruck verboten)

120 42 640 84 222 24 29 537 41 68 1087 (600) 117 37	120 42 640 84 222 24 29 537 41 68 1087 (600) 117 37
254 408 736 2014 82 144 317 607 1314 55 65 329 92 (600)	254 408 736 2014 82 144 317 607 1314 55 65 329 92 (600)
426 59 335 (500) 94 4137 204 19 561 5101 (500) 269 371	426 59 335 (500) 94 4137 204 19 561 5101 (500) 269 371
98 471 86 682 44 45 630 720 6000 81 124 25 342 69 464 75	98 471 86 682 44 45 630 720 6000 81 124 25 342 69 464 75
816 85 621 33 83 (1000) 748 69 959 7320 311 28 44 597 8157	816 85 621 33 83 (1000) 748 69 959 7320 311 28 44 597 8157
248 294 9026 (600) 165 220 911 706 78 691	248 294 9026 (600) 165 220 911 706 78 691
10107 (500) 210 94 604 685 (3000) 1122 98 390 467 678	10107 (500) 210 94 604 685 (3000) 1122 98 390 467 678
704 12159 240 83 467 535 675 59 894 13036 (3000) 310 417	704 12159 240 83 467 535 675 59 894 13036 (3000) 310 417
11007 77 671 899 737 803 49 968 14038 86 126 20 22 363	11007 77 671 899 737 803 49 968 14038 86 126 20 22 363
419 (500) 631 776 965 971 15360 605 (600) 81 732 856 72 912	419 (500) 631 776 965 971 15360 605 (600) 81 732 856 72 912
16000 313 40 49 334 48 78 628 68 632 736 78 17003 87 133	16000 313 40 49 334 48 78 628 68 632 736 78 17003 87 133
227 (3000) 337 729 69 (600) 87 808 946 10890 84 135 252 73	227 (3000) 337 729 69 (600) 87 808 946 10890 84 135 252 73
399 479 77 (3000) 624 61 19026 139 55 226 209 679 612 627	399 479 77 (3000) 624 61 19026 139 55 226 209 679 612 627
20162 (1000) 90 380 76 80 422 71 634 611 993 98 21212	20162 (1000) 90 380 76 80 422 71 634 611 993 98 21212
288 437 (1000) 49 251 300 9 517 7 22288 541 774 85 23130	288 437 (1000) 49 251 300 9 517 7 22288 541 774 85 23130
66 55 981 81 94 59 523 (600) 526 779 993 24219 92 368	66 55 981 81 94 59 523 (600) 526 779 993 24219 92 368
69 494 190 440 725 811 25068 239 351 884 26022 169	69 494 190 440 725 811 25068 239 351 884 26022 169
(1000) 509 321 441 572 633 79 276 933 67 27146 (1000) 418	(1000) 509 321 441 572 633 79 276 933 67 27146 (1000) 418
680 75 (600) 22134 629 46 633 715 28232 69 383 622 71 74	680 75 (600) 22134 629 46 633 715 28232 69 383 622 71 74
807 65 890	807 65 890
30145 86 135 73 603 13 (600) 18 62 899 21009 61 79	30145 86 135 73 603 13 (600) 18 62 899 21009 61 79
104 (1000) 30 45 212 87 705 60 28 942 82223 33 24 362	104 (1000) 30 45 212 87 705 60 28 942 82223 33 24 362
600 96 849 938 33001 (600) 367 419 613 648 978 3 40830	600 96 849 938 33001 (600) 367 419 613 648 978 3 40830
81 264 314 429 (600) 556 94 788 951 35148 334 95 468 720	81 264 314 429 (600) 556 94 788 951 35148 334 95 468 720
60 (1000) 895 622 63 36041 96 100 273 688 820 778 850 78	60 (1000) 895 622 63 36041 96 100 273 688 820 778 850 78
929 2700 76 69 60 56 67 827 (600) 981 38112 (600) 45	929 2700 76 69 60 56 67 827 (600) 981 38112 (600) 45
233 654 98 611 (3000) 636 811 932 19 77 39026 207 68 300	233 654 98 611 (3000) 636 811 932 19 77 39026 207 68 300
411 622 676 94 724 81 823 89 968	411 622 676 94 724 81 823 89 968
40191 222 89 608 874 956 72 41028 138 443 77 (600)	40191 222 89 608 874 956 72 41028 138 443 77 (600)
673 591 83 893 902 23 65 99 42076 245 (600) 387 638 68	673 591 83 893 902 23 65 99 42076 245 (600) 387 638 68
660 (1000) 750 215 93 (1000) 43018 83 242 66 361 601 12 88 705	660 (1000) 750 215 93 (1000) 43018 83 242 66 361 601 12 88 705
66 55 981 44102 62 330 77 436 541 723 803 45161 457 608	66 55 981 44102 62 330 77 436 541 723 803 45161 457 608
60 (1000) 824 81 (1000) 773 840 83 960 46046 65 (3000) 232	60 (1000) 824 81 (1000) 773 840 83 960 46046 65 (3000) 232
47120 252 472 73 (600) 695 710 76 810 48025 79 124 95	47120 252 472 73 (600) 695 710 76 810 48025 79 124 95
621 932 41008 623 763 94 806 971	621 932 41008 623 763 94 806 971
50119 304 673 (3000) 907 783 849 968 77 81071 197 295	50119 304 673 (3000) 907 783 849 968 77 81071 197 295
44 486 572 898 52036 126 206 (600) 317 45 69 466 681 717	44 486 572 898 52036 126 206 (600) 317 45 69 466 681 717
60 (1000) 53132 759 812 64063 136 41 280 303 414	60 (1000) 53132 759 812 64063 136 41 280 303 414
60 (1000) 824 81 (1000) 55054 312 34 (600) 86 419 (600) 616 94 792	60 (1000) 824 81 (1000) 55054 312 34 (600) 86 419 (600) 616 94 792
897 68026 (1000) 41 379 427 61 (600) 854 793 67019 63	897 68026 (1000) 41 379 427 61 (600) 854 793 67019 63
75 110 13 369 422 80 681 68124 100 393 719 31 843 916	75 110 13 369 422 80 681 68124 100 393 719 31 843 916
84 (1000) 89320 67 432 67 77 630 779 39	84 (1000) 89320 67 432 67 77 630 779 39
60229 83 (1000) 308 59 540 722 90 514 95 61192 242 84	60229 83 (1000) 308 59 540 722 90 514 95 61192 242 84
407 530 663 707 24 46 73 926 62209 110 20 240 44 (600)	407 530 663 707 24 46 73 926 62209 110 20 240 44 (600)
15901 607 27 969 99 63776 41 624 711 33 96 953 959	15901 607 27 969 99 63776 41 624 711 33 96 953 959
64062 100 340 412 13 15 854 85205 20 (3000) 26 33 359	64062 100 340 412 13 15 854 85205 20 (3000) 26 33 359
60608 100 340 412 13 15 854 85205 20 (3000) 26 33 359	60608 100 340 412 13 15 854 85205 20 (3000) 26 33 359
9 73 928 67120 200 467 962 46 12 669 704 856 923 47	9 73 928 67120 200 467 962 46 12 669 704 856 923 47
68119 429 640 722 967 (600) 69033 97 323 469 856 914 63	68119 429 640 722 967 (600) 69033 97 323 469 856 914 63
70073 121 74 472 (1000) 93 (1000) 738 (600) 880 949	70073 121 74 472 (1000) 93 (1000) 738 (600) 880 949
71642 348 81 (3000) 425 740 859 93 518 72028 478 829	71642 348 81 (3000) 425 740 859 93 518 72028 478 829
73034 (1000) 100 375 678 779 897 74194 214 716 (1000)	73034 (1000) 100 375 678 779 897 74194 214 716 (1000)
642 948 81 54 75093 134 224 76 823967 6097 74011 (1000)	642 948 81 54 75093 134 224 76 823967 6097 74011 (1000)
119 29 246 883 661 629 99 760 963 77040 47 107 61 622 401	119 29 246 883 661 629 99 760 963 77040 47 107 61 622 401
69 748 878 78036 (600) 100 (1000) 257 34 330 434 79033	69 748 878 78036 (600) 100 (1000) 257 34 330 434 79033
267 215 466 679 711 (1000) 62 73 609 (1000)	267 215 466 679 711 (1000) 62 73 609 (1000)
80356 698 654 778 986 81000 104 11 22 37 (600) 97 306	80356 698 654 778 986 81000 104 11 22 37 (600) 97 306
68 426 (1000) 766 845 909 82069 111 20 240 44 (600)	68 426 (1000) 766 845 909 82069 111 20 240 44 (600)
602 83077 200 293 95 681 91 885 972 84022 22 23 96 138	602 83077 200 293 95 681 91 885 972 84022 22 23 96 138
320 454 603 78 745 930 85003 101 220 459 600 727 81 883	320 454 603 78 745 930 85003 101 220 459 600 727 81 883
907 (1000) 25 88146 373 624 918 87477 108 67 278 319 40	907 (1000) 25 88146 373 624 918 87477 108 67 278 319 40
634 600 732 970 (3000) 88062 63 209 458 97 593 96 669 743	634 600 732 970 (3000) 88062 63 209 458 97 593 96 669 743
88 898 910 89495 168 (1000) 342 13 501 763	88 898 910 89495 168 (1000) 342 13 501 763
90545 199 229 68 76 465 633 658 (1000) 819 39 (600) 86	90545 199 229 68 76 465 633 658 (1000) 819 39 (600) 86
81012 293 354 469 90 77 567 67 672 73 (600) 764 805 (600)	81012 293 354 469 90 77 567 67 672 73 (600) 764 805 (600)
82027 77 106 63 950 414 81 629 703 76 884 913 14 93077	82027 77 106 63 950 414 81 629 703 76 884 913 14 93077
130 46 513 647 31 68 604 19 97 795 949 64018 9 77 81 228	130 46 513 647 31 68 604 19 97 795 949 64018 9 77 81 228
826 (600) 402 580 808 15 95083 129 98018 58 156 224 437	826 (600) 402 580 808 15 95083 129 98018 58 156 224 437
654 819 86 97120 305 98105 (600) 323 812 922 99168	654 819 86 97120 305 98105 (600) 323 812 922 99168
663 767 (1000) 938	663 767 (1000) 938
100093 241 328 580 776 882 101175 295 330 531 64 86	100093 241 328 580 776 882 101175 295 330 531 64 86
(600) 86 102194 303 477 619 (600) 34 760 621 (1000) 103033	(600) 86 102194 303 477 619 (600) 34 760 621 (1000) 103033
110 63 (1000) 203 348 610 (1000) 898 607 63 104069 297 318	110 63 (1000) 203 348 610 (1000) 898 607 63 104069 297 318
(3000) 44 607 231 81 (3000) 68 708 105324 459 659 (1000)	(3000) 44 607 231 81 (3000) 68 708 105324 459 659 (1000)
805 76 81 667 106233 463 676 870 107 877 101718 92 467	805 76 81 667 106233 463 676 870 107 877 101718 92 467
(1000) 831 942 108139 58 407 81 600 825 108176 97 461	(1000) 831 942 108139 58 407 81 600 825 108176 97 461
602 63 709 45 97 942	602 63 709 45 97 942
110025 102043 316 778 869 73 610 (3000) 21 24 63 110067 126	110025 102043 316 778 869 73 610 (3000) 21 24 63 110067 126
(600) 11 (600) 73 77 226 429 60 607 609 30 714 871 351	(600) 11 (600) 73 77 226 429 60 607 609 30 714 871 351

# Buchdrucker- Tarifkreis VII Berlin

Sonntag, den 13. Mai 1917, vormittags 10 Uhr:  
**Versammlung aller tariffreien Gehilfen Berlins**  
in Obiglos Fest-Sälen, Koppenstraße 29.

**Tagesordnung:**  
1. Bericht über die Teuerungszulagen.  
2. Antrag auf Revision des Tarifs.  
3. Diskussion.  
Alle tariffreien Gehilfen sind zu dieser Versammlung eingeladen.  
Der Kreisvertreter: H. Waffini.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockentau,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 Tage),  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
215/107) störung. Teilzahlung.  
Sprechstunden: 11—1 und 6—8.

**Uhren-Goldwaren**  
Piltz & Co., Lindenstr. 109.

**Achtung! Achtung!**  
**Uniformlieferungsschneiderei!**  
Montag, 11. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engelauer 14/15, großer Saal:

**Versammlung**  
aller mit Uniformformen, sowie Lederanzügen, Flieger-,  
Eisenbahn-, Straßenbahn-, Post-, Schenkente- u. Diener-  
bekleidung Beschäftigten.  
**Tagesordnung:**  
1. Die Stellungnahme der Bekleidungsämter zu der  
verlangten Lohnerhöhung.  
2. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Lieferungs-  
schneiderei.  
Zahlreichen Besuch erwarten.  
165/11\*  
**Verband der Schneider, Schneiderinnen**  
und Wäschearbeiter Deutschlands.  
Filiale Berlin.  
Gewerkverein der Schneider.

**Günstige Gelegenheit für**  
**Kriegsbeschädigte!**  
In der Alderbürgerstadt Beelitz  
i. N. wird der Garten mit Saal,  
Ausspannung, Garten, Sand und  
Wiese am 11. d. Mts. um 10  
Uhr vormittags gerichtlich ver-  
steigert. 43102

**Haemorrhoiden**  
schwind. schnell u. schmerzlos durch  
Myrobalanum, sicher bewährte  
Lösung. Anweisung  
Ottobrunn, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4.

**H. Pfau, Bandagist**  
C. Dirksenstraße 20  
günstigen Bandagen, Alexanderplatz und  
Vollgelehrbium. — Vmt. Kost. 3000.  
Für Damen Frauen-Bandagen.  
\*Vorzug für alle Kranke\*  
Buchhandlung Vorwärts

Verlag von Egon Fleischer & Co., Berlin W. 9, Linienstr. 16  
**Die Feldebücher**  
bringen zu wählbaren Preisen Romane und Novellen, die in Aus-  
stattung und Inhalt den besonderen Bedürfnissen unserer Feldsoldaten  
Rechnung tragen. In gut leserlichem Druck, biegsam gebunden in  
handlichem Format, enthalten

**Die Feldebücher**  
[ergänzt] ausgewählte Beiträge erster Autoren.  
Jeder Band kostet gebunden  
**Eine Mark**  
Bisher erschienen die Bände  
Raoul Auernheimer . . . Herzen in Schwere  
Fris Bley . . . In Kraft und Ehre  
Alfred Bod . . . Der Flurschütz  
Cäsar Fleischlen . . . Heimat und Welt  
Auguste Hauschner . . . Der Tod des Löwen  
Georg Hermann . . . Der Guckkasten  
Wilhelm Holzamer . . . Der arme Lukas  
Hermann Horn . . . Meer und Matrosen  
Rudolf Lindau . . . Die Stimme Allahs  
J. Loewenberg Kriegstagebuch einer Mädchenschule  
Helene von Nühlan . . . Alte u. neue Balladen  
G. Freiherr von Ompeda . . . Hauptmann Hamtigel  
Wilhelm von Polenz . . . Eugensland  
W. Scharfmann . . . Geschichten aus der Piefbalge  
Wilhelm Schmidtboom . . . Schlaraffenland  
Clara Wobig . . . Kinder der Eifel  
Georg Wasner . . . Satisfaktionslos  
Hanns Wohlbold . . . Der letzte Mann  
Oskar Wöhrle . . . Das Bumserbuch

**Die Feldebücher**  
werden in einem Umschlag geliefert, der die Verwendung ohne Mühe  
als Feldpostbrief gestattet. Wir bitten, Bestellungen Ihrem Buch-  
händler zuzuschicken. Entbindungen über diese Sammlung, eine Probe-  
nummer der „Buchführer“ erhalten Bestellungen kostenlos durch den  
Verlag von Egon Fleischer & Co., Berlin W. 9, Linienstr. 16

**Für Schuhmacher**  
Gezante Flecke (gefärbt), gemischt, in allen Größen . . . 5 M  
Ovale Sohlenschoner, gemischt, in drei Größen . . . 3  
Runde Schoner in 5- und 10-Pf.-Größen . . . 3  
Bruno Sensfus, Leder-Abfälle, Weißensee, Langhamstr. 33. Tel. West. 19

**9. Preussisch-Süddeutsche**  
(235. Königl. Preuss.) Klassenlotterie  
5. Klasse 1. Ziehungstag 8. Mai 1917 Sonntag

Hat jede gezogene Nummer ein oder zwei gleich hohe  
Gewinne gefolgt, und zwar je einer auf die Zahl  
gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr W. St. N. f. S.) (Nachdruck verboten)

112441 (1000) 854 686 706 99 113381 64 446 (1000) 678 51	112441 (1000) 854 686 706 99 113381 64 446 (1000) 678 51
78 91 726 65 99 (1000) 584 (1000)	



## Die Prothesenträger.

Von Paul Barwas.

Um den vielen Verfümmelten, die der Weltkrieg gebracht hat, ihr Los zu erleichtern, sind viele Kräfte an der Arbeit. Neben dem Mitleid mit den vom Schicksal schwer Betroffenen sprechen dabei auch andere Gründe mit. Der Verlust vieler Arbeitskräfte wird eine schwere Schädigung der gesamten Volkswirtschaft bedeuten, und die Verfümmelten selbst werden über ihren Körper Schaden viel leichter hinwegkommen, wenn sie wieder soweit als möglich arbeitsfähig gemacht werden und so das Bewußtsein erlangen, wieder nützliche Glieder der Gesellschaft zu sein. Das Erlagglied oder die Prothese spielt dabei eine große Rolle. Naturgemäß mußte dabei von dem früher befolgten Grundsatz abgegangen werden, Erlagglieder zu schaffen, die mehr Verschönerungszwecke hatten, als daß sie der Arbeit dienen sollten. Mechaniker, Ärzte und Handwerker haben sich mit Eifer der Aufgabe angenommen. Prüfungs- und Beratungsstellen sind am Werke, die Vorschläge und Erfindungen zu prüfen und das jeweils Passendste herauszufinden. Die Zahl der Erlagglieder, die sich den verschiedensten Zwecken anpassen, ist sehr groß geworden, was auch schon deshalb nötig ist, weil gerade hier sich eines nicht für alle sieht.

Auch die Verletzten selbst zeigen sich sehr empfänglich den guten Willen, sich mit den Verhältnissen abzufügen. Auch bei ihnen überwiegt glücklicherweise die Zahl derer, die hoffnungsvoll daran gehen, sich mit den Erlaggliedern einzusetzen, und sich damit wirtschaftlich nach Möglichkeit nützlich zu machen, was ja auch durchaus in ihrem eigenen Interesse liegt.

Natürlich kommt es dabei sehr viel darauf an, das Selbstvertrauen bei ihnen zu erwecken. Dazu sind die verschiedensten Wege gewählt worden. Einer davon ist der, durch öffentliche Ausstellungen zu zeigen, was guter Wille vermag. Es wird durch Lichtbilder gezeigt wie die Verletzten an der Arbeit sind, oder es werden auch Verletzte selbst vorgeführt, die durch praktische Arbeit öffentlich beweisen, daß sich sehr viele Verrichtungen auch mit den Prothesen ausführen lassen und daß sogar recht komplizierte Arbeiten damit möglich sind.

Das alles mag ganz gut sein. Nur liegt die Gefahr nahe daß von den Ausstellungen lernen zu sehr verallgemeinert wird. Die Leute, die dabei gewissermaßen als Ausstellungsobjekte dienen, sind zum Teil ganz besonders intelligente und energische Einzelercheinungen. Aus ihren Leistungen den Schluß zu ziehen, daß das, was sie leisten, von jedem verlangt werden könne, wäre verfehlt. Und doch wird dieser Schluß sehr oft gezogen. Verfehlt ist es ferner, so zu tun, als wäre es möglich, die Prothesenträger im vollen Maße wieder leistungsfähig zu machen. Da werden zum Beispiel Tischler vorgeführt, die an der Hobelbank arbeiten und auch sonst alle Arbeiten verrichten. Der Nichtfachmann, der das sieht, geht beifriedigt hinweg. Anders der Fachmann. Dieser sieht nicht nur die Mängel der Arbeit, er sieht vor allem auch, mit welchem Zeitaufwand die Arbeit hergestellt wird. Er sagt sich dann, wenn diese Verletzten in der Fabrik diese Arbeiten verrichten sollten, so könnten sie, zumal da meist Affordlöbne bezahlt werden, mit gesunden Arbeitern nicht mithalten. Ist dieser Fachmann dann selbst ein Verletzter, auf den günstig eingewirkt werden soll, dann wird ihm diese Erkenntnis leicht mißmutig machen. Er wird eher das Zutrauen zur Prothese verlieren, als daß es durch solche Ausstellungen gefördert wird. Er weiß, daß der Arbeitgeber, der ihn an einen Arbeitsplatz stellt, auf seine Kosten kommen will, und daß, wenn später die Rücksicht fortfällt, die jetzt noch vielfach geübt wird, er mehr als ein Stehimmweg, denn als ein vorteilhafter Arbeiter betrachtet werden wird.

Genau so wirkt es, wenn Erlagglieder, wie die magnetische oder die Pressluftband, vorgeführt werden. Beide Prothesen mögen vorteilhaft sein. Aber sie bedingen eine Nebeneinrichtung auf dem Arbeitsplatz des Prothesenträgers, die erhebliche Kosten macht. Wer soll diese tragen? Der Arbeiter kann es nicht, da ihm fast stets die Mittel dazu fehlen, der Unternehmer aber wird die Gewähr verlangen, daß er, falls er die Einrichtung stellt, auf seine Kosten kommt. Das wird nur dann der Fall sein, wenn es sich um einen außerordentlich geschickten Arbeiter handelt und wenn dieser eine langfristige Bindung eingehen würde. Damit ginge er aber in fast allen Fällen ein Abhängigkeitsverhältnis ein, das unzuverlässig erscheint. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß er dann bei Lohnbewegungen keinen freien Willen mehr hätte.

Alles das überlegt sich der Arbeiter. Er sieht auch, daß auf den Ausstellungen ihm vielfach Reize vorgeführt werden, die sich von Kindheit an mit den Prothesen eingeläut haben und gewissermaßen Artisten auf ihrem Gebiet geworden sind. Da keine Verläufe, die er oft auf eigene Faust gemacht hat oder weiter macht,

ihm dann nicht glücken, wird er mißmutig und der Zweck solcher Ausstellungen schlägt dann in das Gegenteil um.

Vielleicht geht es zu weit, sie als völlig verfehlt zu bezeichnen. Aber ohne Frage ist der Weg, auf den auch im „Vorwärts“ öfter hingewiesen und der auch vielfach gegangen wird, viel zweckmäßiger: die Kriegsbeschädigten dürfen nicht ohne brauchbare Prothese entlassen und vor ihrer Entlassung muß ihnen die Ueberzeugung beigebracht werden, daß sie tatsächlich arbeitsfähig sind. Weitgehende Arbeitstherapie muß geübt werden. Und dabei ist ihnen nicht einzureden, daß es nur auf ihren guten Willen ankomme, um wieder alle in ihr Fach einschlagenden Arbeiten verrichten zu können, sondern es ist Wert darauf zu legen, daß sie solche Teilarbeiten anzufertigen lernen, die sie nach einer Zeit auch mit einem Erlagglied oder einer künstlichen Hand so herzustellen in der Lage sind, daß sie in der Werkstatt oder Fabrik ihren Mann stellen können. Hier kommt der Umstand zu Hilfe, daß in fast allen Arbeitszweigen die Teilarbeit schon ergriffen ist, etwas Absonderliches also gar nicht verlangt wird. Auf diese Weise gelingt es am leichtesten, das Zutrauen der Verletzten zu sich selbst, und darauf kommt es an, zu wecken. Der energische und intelligente Arbeiter wird sich auf der so geschaffenen Grundlage dann allein weiterbilden. So wird es am besten gelingen, den erstbestwertigen Grundsatz durchzuführen, jeden Verletzten nach Möglichkeit seinem früheren Beruf zu erhalten.

Auch dann wird das nicht in allen Fällen möglich sein. Es gibt viele Berufe, in denen es nicht allein auf die Geschicklichkeit, sondern auch auf das Gefühl ankommt. Dieses läßt sich naturgemäß nicht in ein Erlagglied hineinverlegen. Solche Verletzte werden ihrem Beruf verloren gehen. Sie können aber nach dem Grundsatz der Teilarbeit häufig in anderen Berufen Unterkunft finden. Denn auch dies nicht möglich ist, müssen ihnen Stellen als Voté, Portier und dergleichen reserviert bleiben, die heute so manchem überlassen werden, der auch andere Arbeiten verrichten kann.

Besser als diejenigen, die Hand oder Arm verloren haben, sind zum Teil die Beinverletzten daran. Aber auch da darf nicht vergessen werden, daß die Beinprothese einen doppelten Zweck hat. Sie dient der Fortbewegung und der Arbeit. Auch sie ist also so zweckmäßig, wie nur möglich zu gestalten. Es darf auch nicht außer Acht gelassen werden, daß der Träger einer Beinprothese keine schwere Arbeit verrichten kann. Auch nicht solche, bei denen er lange stehen oder gar mit den Füßen seine Maschine, an der er arbeitet, in Gang bringen muß. Das schränkt sein Arbeitsgebiet auch schon ganz außerordentlich ein. Aber auch den Beinverletzten kommt die Arbeitsteilung zugute und ihnen gelingt es daher weit leichter als den Armverletzten, eine geeignete Arbeit zu finden. Auch dabei ist Wert darauf zu legen, daß dies nach Möglichkeit in einem solchen Berufe geschieht, in dem sie die früher erworbenen Kenntnisse verwerten können.

Viel zu oft läßt sich gerade bei ihnen beobachten, daß sie auf eine Schreibertätigkeit anstreben. Es beruht das zum Teil auf einer in weiten Kreisen vorhandenen Verächtlung dieses Berufs. Es wird dabei oft außer Betracht gelassen, wie schlecht gerade dort die Arbeitsbedingungen sind und wie sehr die Frauennarbeit der Gewöhnung der Lohnverhältnisse im Wege steht. Nur im Notfall sollte daher der gelernte Prothesenträger zum Schreiberberuf übergehen.

Rach allemem kommt es darauf an, die Verletzten auf den richtigen Platz zu stellen, wenn sie der Volkswirtschaft als Arbeitskräfte erhalten und Schaffensfreudigkeit gewinnen sollen. Leider ist dies mehr Sache der Unternehmer als der Arbeiter. Diese können im allgemeinen nicht viel mehr tun, als ihren verletzten Arbeitsträgern durch Rücksichtnahme die Arbeit zu erleichtern und ihnen gelegentlich beizuspringen. Daß dies geschieht, zeigt sich fast allort. Wo es nicht geschieht, verstoßen die Arbeiter gegen ihre eigenen Interessen, denn nur der Verletzte kann wieder ein Meister werden, der wieder Vertrauen zu sich selbst gewonnen hat.

## Fett und Eiweiß aus Getreide.

Amlich wird gemeldet: „Das Kriegsernährungsamt erlaube die Entseimung des Getreides im Deutschen Reich und Übertrag dem Kriegsausdruck für Getreide und Getreide die Verarbeitung. Der Technik ist es jetzt gelungen, aus dem Getreidelorn den kleinen Keim, der in der Zusammenfügung dem Hühnerkei ähnlich ist und die wichtigsten Nährstoffe für die jungen Pflanzen enthält, zu entfernen. Alle bedeutenden Mühlen haben die Entseimung eingeführt. In fünf Delverken werden dann die anfallenden Reime zu Del und Eiweiß verarbeitet. Auf diese Weise wird ein brauchbares Speiseöl und ein Rohmaterial für die Margarineherstellung gewonnen. Das gleichzeitig anfallende Eiweißmehl ist 81/2 mal so nahrhaft als Fleisch, 20 Gramm davon ergeben ein Hühnerkei. Unsere Fettwirtschaft wurde hierdurch wesentlich bereichert. Es werden verschiedene Nährmittel, ein Mergentran, Suppen-

Speisewürzen aus dem Eiweißmehl hergestellt, und es dient dem Militärweib als Ersatz für Ei. Es ist zu hoffen, daß für die neue Ernte fast aller Roggen, Weizen, auch ein Teil der Gerste und des Hafers zu dieser wichtigen Verarbeitung gelangen. Die Mehlschute wird dadurch nicht verringert. Das Mehl wird nur verfeinert, weil die Fettsäuren, welche die Mangelheit, Mitterkeit und Muffigkeit hervorrufen, beseitigt sind. Besonders fetthaltig ist der Mais; aus ihm werden 2 Proz. Del hergestellt und aus einem Baggon Mais können so fünf Zentner Margarine gewonnen werden, ohne daß irgendwie die Ausbeute an Mehl, Grieß, Schrot, Kleie beeinträchtigt wird.“

Diese Nachricht wird im Gegensatz zu vielen anderen Meldungen von Fettbegleichungen, die sich nachher nicht verwirklichen ließen, einmal mit ungetrübt Freude aufgenommen werden. Denn die technische Möglichkeit ist nicht nur gegeben, sondern es sind, wie betont wurde, bereits die Vorbereitungen zur Durchführung der Verarbeitung getroffen. Die neue Körnerernte wird uns also den reichen Vorrat an Fett, den sie enthält, zur Gewinnung höherwertiger Produkte liefern. Bisher wurden die Reime nicht ihrem vollen Werte entsprechend ausgenutzt. Beim Mahlen geriet der größte Teil davon in die Kleie, und die Kleie, die im Mehle verblieb, war zum Teil für die menschliche Verdauung nicht ausnuzbar. Es wird also vom Herbst an ein erhebliches Mehr an Eiweiß und Fett zur Verfügung stehen. Es muß nur von vornherein dafür gesorgt werden, daß das neue Produkt zu Preisen geliefert wird, die der Allgemeinheit zugänglich sind, und gleichmäßig verteilt wird.

## Das Kiesenkonzert im Zirkus Schumann.

Wenn je, dann bewähren Wort- und Tondichtungen jeglicher Art, Musiker, Gesangs- und Tänzerkünstler gerade jetzt ihre nie verlassende Werkkraft. Wo sie anknöpfen, öffnen sich mit den Herzen auch viele Geldtaschen: — vom großen leichten Gewinn ein Scherlein „Wohltätigkeit“ spendend. Und so stand denn auch die Musikaufführung im Zirkus Schumann am Montag unterm Zeichen der Kriegshilfe. Diesmal darf man wohl sagen — was sich von mancherlei ähnlichen Veranstaltungen zu Friedenszeiten nicht immer behaupten, am wenigsten beweisen ließ — daß ein vorwaltender hochherziger Zweck den hierzu aufgetriebenen Niesenapparat rechtfertigte.

Wenn ein Zirkus wie der Schumannsche in allen Rängen Platz an Platz besetzt ist: dies Bild kennt man von rein zirkusförmigen Schauspielen her. Jetzt aber waren anderthalbtausend Musikbesessene des Binses ihres Generaldirigenten Leo Wlach gewärtig. Zur Auf- führung kam Max Bruch's „Kriehhof“, das Vorspiel und Finale des 2. Aktes aus Verdis Oper „Aida“ und Wagner's „Kaiserreich“. Drei verschiedene Werke und gleichviel Sittarten, kann man sagen. Dort mehr akademische Formung; bei Verdi echt sächsisch-farbige Kraft und raffige Lebendigkeit; endlich bei Wagner eine seinem Wesen ziemlich fernliegende, dennoch kontrapunktlich meisterliche Seligheitsmusik mit wohlbedachter Massenwirkung.

Die solistischen Gesangsparthen wurden von Käthe Duz (Junge- bora), Michael Bohnen (Kriehhof), Barbara Kemp (Aida), Emma Reider (Amneris), C. Bachmann (König), Hermann Jablotta (Rabambs), Gustav Schwegler (Rampis) und Joseph Schöber (Amonastro), also von hervorragenden Künstlern gelungen. Außer- dem wirkten zwölf namhafte Männer- und Frauenchöre mit. Grund genug, ganz ungewöhnliche Genüsse zu erwarten. Es war in dem einer intimen Klangwirkung widerstrebenden Zirkusraum wahrhaft ein Meisterstück, alle Kräfte straff zusammenzuhalten und auf einen Punkt hinzuführen. Daß dies gelang, bezugte der orla- arzig aufsprühende Beifall.

## Ein Stück Flandern in Deutschland.

Das großholländische Blatt „Toeris“ veröffentlicht den Brief eines flämischen Soldaten, der in Göttingen interniert ist. Nach der Darstellung dieses Briefes ist dort im Internierungslager ein Stückchen Flandern in Deutschland geschaffen worden, wobei sich besonders die Professoren Begele und Stange um die Förderung der flämischen Bestrebungen bemüht haben. Es ist dort eine flämische Schule errichtet worden, die ruhig den Vergleich mit einem belgischen Lyceum (Gymnasium) aushalten könne. Ferner besteht, wie der Brief berichtet, eine flämische Hochschule, die ein Gegenstück zur Genter Universität bildet und bereits 67 Studenten zählt. Daran reiht sich ein flämisches Theater, ein flämisches Orchester, das das beste des ganzen Gefangenlagers ist, eine flämisch-aktivistische Wochenchrift „Onze Taal“, eine flämische Bäckerei von dreitausend Bänden, eine flämische soziale und literarische Studienvereinigung, eine flämische Kunstschule, eine Werkstatt für Kunsthandwerk, ein flämischer Ausschuß, der mit allen kriegsgefangenen Flamen in Deutschland Fühlung hat, und schließlich ein flämischer Gottesdienst.

## Arbeiter.

Wijn Streubels.

Emma schien ebenfalls ein wenig enttäuscht, weil Sarel sich so wenig um sie bekümmerte, sie hatte sich das Wiedersehen ganz anders vorgestellt und vielleicht zu viel davon erwartet.

„Seht nur, wie sie laufen!“ rief Rijbers Weib. „Sie eilen, um heimzukommen,“ bemerkte eine andere, „wir können kaum folgen!“

Sie fragten weiter nichts, als wann dieser oder jener Bekannte zurückgekehrt sei. Ihre Unterhaltung behandelte die Arbeit, die sie daheim aufnehmen würden. Der eine würde weben, der andere bei dem Bauern Arbeit durch Rübenausziehen zu kriegen versuchen. Das Schlimmste war, daß sie spät nach Hause kamen und andere Schmitter ihnen zuvorgekommen sein würden, weil sie so spät zurückgekehrt waren. Balcaen Seynaeve, Verboede, Rylandt und der ganze Trupp waren als die letzten aus Frankreich gekommen und hatten auf der Durchfahrt überall auf den Rübenäckern gearbeitet, so daß sie beinahe einen Monat später als gewöhnlich angekommen waren.

Sie erkundigten sich auch noch, ob jemand wüßte, wo die zuerst Heimgekommenen schon in Arbeit seien, und sie nannten einzelne, die sie kannten. Bei dieser Frage hatten sie noch einen Nebengedanken, es war nicht bloße Neugier, sondern es handelte sich um etwas, das sie direkt anging; denn hatten sie auch den ganzen Sommer hindurch über ihre Kräfte gearbeitet, so dachte doch keiner daran, den Winter untätig zu verbringen — das war es eigentlich, was sie beunruhigte und was sie als ein Unglück fürchteten. Nach und nach erwachte so in ihnen wieder die Lust, alles zu erfahren, was in ihrer Abwesenheit auf dem Dorfe vorgefallen war — wer noch lebte und wer gestorben oder verheiratet oder ausgewandert war.

Sie wendeten sich allmählich mehr und mehr an die nachkommenden Weiber mit Fragen, bis sie endlich ganz zusammenkamen und im Weitergehen in der Unterhaltung blieben, während das Interesse an dem Mitgeteilten immer mehr wuchs.

„Dort ist er!“ rief plötzlich Rylandt und zeigte nach der Richtung, wo der Turm des Dorfschloßes über eine Häuser-

gruppe hervorragte. Es klang wie ein Freudengruß. Es war wie eine große Neugier, und eine Bewegung ging durch die Schmitter; selbst die Weiber teilten die Rührung, die sie bei den so lange in der Fremde gewesenen Durfschen annahmen. Jetzt klangen die Stimmen heiter, die Müdigkeit war vergessen; es schien, als sei in ihnen etwas erwacht oder als sei ihnen etwas eingefallen, das sie lange vergessen hatten; unwillkürlich sandten sie ihren Willkommenruß dem wohlbekannten Flecken, wo sie ihr Haus und ihre Bekannten wiederfinden würden.

In den „Dier Linden“ gossen sie ein Pintchen hinunter; das war das erste Birtshaus des Dorfes, sie kannten den Baas, und hier gingen sie niemals vorbei — das war ihnen zur Gewohnheit geworden, hier wurde auch der frohe Einzug bei der Heimkehr gefeiert.

Sie blieben aber nicht lange, denn jetzt sehnten sie sich schon alle danach, zu Hause zu sein, und es war auch schon Mittag vorbei — sie bekamen Hunger.

Sarel und Emma, die das letzte Stück des Weges zusammen abwärts gegangen waren, um ungestört miteinander plaudern zu können, gesellten sich nun wieder zu dem Trupp und gingen so weit als möglich voneinander entfernt, um den Leuten nicht aufzufallen.

Im Dorfe selbst erregte das Erscheinen der Schmitter keine Aufregung — auf dem Dorfplatz war alles still, wie immer am Sonntagmittag. Selbst als die Schmitter mit ihrem Gefolge auf dem Plage Rat hielten, die Kerle mit ihren Hirschfäden auf dem Rücken, wie doppelte Tornister, und mit Sense und Hacke in der Hand, wie grausame Waffen, mit denen sie gekämpft und die Schlacht gewonnen hatten, selbst dann riefen sie weniger Aufsehen hervor, als wenn ein paar Gendarmen zu Pferde vorbeireiten oder ein Automobil über den Platz fährt.

Sie berieten, ob sie jetzt gleich sich trennen und nach Hause gehen oder zuvor noch einmal irgendwo eintreten und den Abschiedstrunk nehmen sollten.

„Ihr könnt mit den Buben nach Hause gehn, wir kommen gleich nach,“ schlug Rylandt vor, indem er sich an die Weiber wendete.

Aber er fand keinen Beifall! Die Weiber wußten, was dies zu bedeuten hatte und daß das Abschiedsbier vielleicht heute gar nicht alle werden würde. Ranse beharrte darauf, Jvo baldmöglichst nach Hause zu bringen, denn sie sah voraus,

er würde dann wie die anderen tun, er würde sich do" einer Kneipe zur andern schleppen lassen. Sie kannte ihn. Zudem war ihr Plan, zuerst ihre Schulden bezahlt zu bekommen — solange diese Sache nicht in Ordnung war, hatte sie keine Ruhe, und wenn das erledigt war, mochte er gehen, es konnte sie nicht mehr so sehr kümmern.

„Komm, laß uns lieber heimgehen, du hast in drei Tagen nichts Ordentliches gegessen,“ schlug sie vor. Sie bekam recht.

„Du kannst Heber abends ein Pintchen nehmen,“ behauptete Verboedes Frau.

So wurde es endlich bestimmt: Sarel Seynaeve und Rylandt sollten Jvo abholen, sie würden dann zusammen zu Verboede gehen und die anderen im „Rudak“ finden, einer Kneipe der Ginde, deren Baas, Byde, die „Kampagne“ ebenfalls mitgemacht hatte.

Sobald sie von der Gesellschaft los und allein waren, schickte Ranse die Buben nach Hause.

„Geht nur daran, wir kommen gleich nach, und du, Fonske, machst Feuer an, bis wir heimkommen, du kriegst dann sein zu essen, wenn wir fertig sind.“

Die Buben zogen ab, und Jvo schlug mit Ranse den Weg durch das Dorf ein.

„Laß uns zuerst mal vor allem unsere Schulden bezahlen“, sagte die Frau, „dann sind wir fertig.“

Jvo war's zufrieden und folgte als gutmütiger Tropf seinem Weibe, wohin sie wollte. Zuerst gingen sie zum Bäcker, dann zum Krämer, wo die Rechnungen bereit lagen, sodah sie nirgends lange zu warten brauchten.

Ranse bekam Herzklopfen, als die Summen genannt wurden, und sie guckte ängstlich Jvo nach den Augen, um zu ergründen, wie er es aufnehmen würde. Sie erwartete, daß er überraumig werden und die Bezahlung verweigern oder ihr Vorwürfe machen werde, daß sie zuviel verbraucht habe. Aber auf dem behaarten Gesicht des Schmitters rührte sich keine Muskel — er zog wiederum das Geldbeutelchen und bezahlte ohne Murren. Ranse benutzte die Gelegenheit, um sich mit neuem Vorrat zu versehen.

„Ja bin ganz blatt und hab nichts im Haus, und wir haben solang gepart, bis der Geldverdiener kam,“ erklärte sie.

Mit Päden beladen, machten sie sich auf den Heimweg. (Fortf. folgt.)

